:antifaschistische nachrichten

Nr. 26

g 3336 22.12.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

VVN-BdA begrüßt das NPD-Verbotsverfahren

Die VVN-BdA begrüßt ausdrücklich die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das Verfahren über die Anträge des Bundesrates zum Verbot der NPD durchzuführen. Dadurch ist deutlich geworden, dass eine Mehrheit des zuständigen zweiten Senats keine Verfahrenshindernisse sieht. Aus der mitgeteilten Verhandlungsgliederung und des Umstandes, dass für den 1.-3. März 2016 nur drei Verhandlungstermine angesetzt wurden, kann man auf eine realistische Erfolgschance schließen.

Das Gericht wird sich u.a. mit den Fragen des „ethnischen Volksbegriffes“ der NPD, ihrer Stellung zu Ausländern, Asylbewerbern und Migranten, ethnischen und religiösen Minderheiten sowie ihres Antisemitismus beschäftigen.

Ein weiterer Schwerpunkt wird ihr „strategisches Konzept“ inklusive ihrer Auseinandersetzung mit politischen Gegnern und ihrer Vernetzung mit „freien Kräften“, bilden.

Der Beschluss kommt zu einer Zeit, in der die NPD sich wieder im Aufwind sieht. Die NPD ist nach wie vor die wichtigste Organisationsstruktur des deutschen Neofaschismus. Zurzeit liefert sie vor allem die Argumentationen für eine Welle des Hasses und der Gewalt gegen Flüchtlinge insbesondere in ihren ostdeutschen Hochburgen. Ihre Aktivisten stecken hinter zahlreichen rassistischen Initiativen.

Die VVN-BdA sieht sich in ihren langjährigen Bemühungen, zuletzt mit der Kampagne „nonpd – NPD-Verbot jetzt!“, bei der sie u.a. bereits 2007 175000 Unterschriften gesammelt hatte, bestätigt.

Unabhängig von Verlauf und Ausgang des Verfahrens bekräftigt die VVN-BdA ihre Auffassung, dass neofaschistischen Gruppierungen generell und der NPD im besonderen als ihrem aktuellen organisatorischen Kern kein Anspruch auf Legalität zukommt.

Cornelia Kerth, Axel Holz
Vorsitzende
http://www.vvn-bda.de/vvn-bda-begruesst-das-npd-verbotsverfahren/

Aus dem Inhalt:

Ein Aufschub für die Republik – zu den Regionalwahlen in Frankreich 5
Keine Sterne in Calais 7

Dem Untersuchungsausschuss auf die Finger schauen!

NSU-Watch ruft dazu auf, den neuen Untersuchungsausschuss zum NSU im Bundestag kritisch zu begleiten.

AUFKLÄREN UND EINMISCHEN

nsu-watch

Die erste öffentliche Sitzung fand am Donnerstag, den 17.12., mit einer Anhörung von Expert_innen statt.

Die rassistische Mord- und Anschlagsserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) markiert eine Zäsur in der Geschichte der BRD. Ab dem 17. Dezember 2015 wird der zweite Parlamentarische Untersuchungsausschuss zum NSU-Komplex im Deutschen Bundestag tagen. Für die Aufklärung des NSU-Komplexes braucht es eine kritische Öffentlichkeit und gesellschaftlichen Druck. Wir wollen den institutionellen Rassismus im NSU-Komplex und die Gefahr des Rechtsterrorismus nicht unbeantwortet lassen. Wir haben noch viele Fragen!

Die Sitzungen sind öffentlich, Plätze gibt es reichlich! Also: Hingehen und beobachten!

Infos zum Ausschuss:

• Wann? Termine unter: www.nsu-watch.info/bundestag und www.bundestag.de
(i.d.R. Donnerstags in den Sitzungswochen des Bundestags, 9:30 Uhr) •
• Wo? Paul-Löbe-Haus (Bundestag), Raum 2.600, Konrad-Adenauer-Str. 1, 10557 Berlin
• Anmeldung: Sekretariat des UA, min. einen Tag vorab: 3.ua@bundestag.de
Oder Tel: (030) 227 33480, Fax: (030) 227 36278
• Journalist_innen müssen sich beim Pressereferat des Bundestags akkreditieren:
www.bundestag.de/presse/akkreditierung
• Zur Sitzung muss ein Pass/Personalausweis mitgebracht werden!
• Fragen, Begleitung oder Kontakt zu anderen kritischen Beobachter_innen vor Ort:
mail@nsu-watch.info
Weitere Informationen:
www.nsu-watch.info
twitter.com/nsuwatch_bt

Spendet für die Antifaschistischen Nachrichten

Spendenstand, 21.12.2015: 1620,– Euro
BLZ: 370 100 50, Postbank Köln
Kto: 104 19 507
IBAN: DE 95 3701 0050 0010 4195 07
BIC PBNKDEFF370

Wir danken allen Spenderinnen und Spendern, wünschen allen schöne Tage und guten Rutsch. Die nächste Ausgabe der AN erscheint im neuen Jahr am 21. Januar 2016

NPD-Verbotsverfahren: Bundesländer begrüßen Ankündigung des BVG

… Das höchste deutsche Gericht wird Anfang März 2016 an drei Tagen über das vom Bundesrat beantragte NPD-Verbot verhandeln, wie das Gericht am Montag in Karlsruhe mitteilte. Nach einer ersten Vorprüfung hat der Antrag alle für das Hauptverfahren erforderlichen Formalien erfüllt (AZ: 2 BvB 1/13). Vertreter der Länder, die das erneute Verbotsverfahren angestoßen haben, zeigten sich erleichtert.

Die Länder hatten im Dezember 2013 ihren Antrag auf ein Verbot der NPD beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Ein erstes NPD-Verbotsverfahren war 2003 am Einsatz von V-Leuten in Führungsgremien der Partei gescheitert.

Konkret will der Bundesrat die Verfassungswidrigkeit der NPD und ihrer Teilorganisationen „Junge Nationaldemokraten", „Ring Nationaler Frauen" und der „Kommunalpolitischen Vereinigung" feststellen lassen. Die Organisationen sollen aufgelöst und deren Vermögen zugunsten gemeinnütziger Zwecke eingezogen werden. Das Verbot soll auch die Gründung von Ersatzorganisationen umfassen.

Ländervertreter begrüßten die Eröffnung des NPD-Verbotsverfahrens. „Mit der Festsetzung der Verhandlung durch das Bundesverfassungsgericht haben die Bundesländer eine wichtige Hürde in Richtung NPD-Verbot genommen", erklärten die rheinland-pälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Innenminister Roger Lewentz (beide SPD). …Auch Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier (CDU) zeigte sich erleichtert, „dass das Verfahren nicht schon vor dem ersten Verhandlungstag an Formalien gescheitert ist". …

Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) sieht gute Chan… Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagte dem Kölner Stadt-Anzeiger, offensichtlich hätten die Argumente der Länder Gewicht, sonst hätte das Bundesverfassungsgericht keine mündliche Verhandlung anberaumt.

2003 hatte das Bundesverfassungsgericht den Antrag inhaltlich nicht geprüft, sondern das Verfahren schon zuvor wegen eines „nicht behebbaren Verfahrenshindernisses" eingestellt (AZ: 2 BvB 1/01). Grund waren V-Leute des Verfassungsschutzes bis in die Führungsebene der rechtsextremen Partei. Für das neuerliche Verfahren waren die Länder aufgefordert, Beweise für den Abzug der V-Leute vorzulegen. Da das Bundesverfassungsgericht nun ein Hauptverfahren eröffnet hat, gehen die Karlsruher Richter offenbar davon aus, dass die nötige Staatsferne zur NPD vorliegt.… Die Länder sind anders als 2003 alleiniger Antragsteller vor dem Gericht in Karlsruhe. Bundestag und Bundesregierung hatten sich diesmal dem Verbotsantrag nicht angeschlossen.

Der Bundesgeschäftsführer der Linken, Matthias Höhn, bezeichnete das Verbotsverfahren als „deutliches Stopp-Zeichen für die Feinde der Demokratie, warnte aber zugleich, mit dem Verbot wäre der „braune Dreck in den Köpfen nicht automatisch mit verboten". Der Zentralrat der Juden erklärte, ein Verbot wäre ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Rechtsextremismus. Präsident Josef Schuster verwies ebenfalls auf die Flüchtlingsdebatte: In den vergangenen Monaten habe man beobachten können, „wie die NPD die Stimmung gegen Asylbewerber aufheizt", sagte er.

(epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de
08.12.2015 ■

Erfolgreiche Demo gegen rechte Kundgebung

HEILIGENSTADT. Unter dem Motto „Raise your voice. Jede Person zählt im Kampf gegen Rassismus" kamen am Sonntag den 13.12.2015 circa 180 Demonstrant/-innen in Heiligenstadt zusammen, um gemeinsam gegen die vor Ort von Neonazis initiierte „Ein Licht für Deutschland"-Kundgebung zu protestieren. Bereits zuvor wich die „Ein Licht für Deutschland"- Aktion – angemeldet vom NPD-Funktionär Rene Schneemann – von ihrem ursprünglichen Kundgebungsort in der Innenstadt in ein abgelegenes Viertel aus. „Die Verdrängung aus der Innenstadt sehen wir bereits als einen ersten Erfolg unserer breiten Mobilisierung, die über eine öffentliche Alarmliste lief" ließ eine der Sprecherinnen der Basisdemokratischen Linken, Hannah Sing, bereits im Vorfeld verlauten.

Die antifaschistische Demo war weitgehend erfolgreich. Die 180 Aktivisten und Aktivistinnen, die sich an der Demo beteiligten, setzten zweieinhalb Stunden lang ein Zeichen gegen die zunehmende rechte Gewalt und für ein Herzliches Willkommen von Refugees in Heiligenstadt und anderswo.

Es ist gelungen, dass die Kundgebung „Ein Licht für Deutschland" nicht am vorgesehenen Platz in der Heidnerstraße stattfinden konnte. Die Demonstrant/-innen blockierten den Zugang zu deren Versammlungsort. Allerdings versammelten sich circa 70 Personen, die der Initiative „Ein Licht für Deutschland" zuzuordnen sind, in unmittelbarer Nähe zur Gegendemonstration. Eine Sprecherin der Basisdemokratischen Linken beurteilt die Rolle der Polizei folgendermaßen: „Uns wurde von Seiten der Polizei gesagt, die Nazis hätten die Veranstaltung abgesagt. Kurz darauf mussten wir aber erfahren, dass sie nur zwei Straßen weiter standen. Die Polizei verschleierte offenkundig die Tatsachen. Womit sich wieder zeigt: Auf dem rechten Auge sind sie blind auf dem linken besonders aufmerksam. Sie haben uns die ganze Zeit mit absurden Auflagen schikaniert, wie Taschen- und Personalienkontrollen, die Transpis wären zu hoch gehalten worden und der Demonstrationszug wurde willkürlich angehalten."

Zu den „Ein Licht für Deutschland"-Kundgebungen, die als Trauerveranstaltungen für ein untergehendes Deutschland stilisiert werden, kamen in den letzten Wochen jeden Sonntag sowohl bekannte regionale Neonazis als auch rechtsoffene Bürger/-innen zusammen. Am 15. und 29.11. gab es im Umfeld der Kundgebungen massive Angriffe auf Gegendemonstrant/-innen. Auch nach der Demo am 13.12. wurden vier Antifaschist/-innen auf einem Supermarktparkplatz in der Bahnhofsstraße von Neonazis attackiert.

Die Redebeiträge wiesen unter anderem auf die schon seit langem anhaltenden neonazistischen Aktivitäten vor Ort hin: „Die Strukturen, die in Heiligenstadt die ‚Ein Licht für Deutschland'-Kundgebungen organisieren, stehen in der Tradition des Ideals einer Volksgemeinschaft, das bereits vor 70 Jahren mit Leid, Vernichtung und Krieg verbunden war. Es sind Neonazis um Thorsten Heise, die wahlweise als NPD-Vertreter/-innen, Mitglieder der ‚Kameradschaft Eichsfeld' oder als angeblich ‚besorgte Bürger' schon seit Jahrzehnten versuchen, völkische Politik zu betreiben."

Es wurde dazu aufgerufen, sich vielfältig und planvoll gegen Rassismus und Faschismus zu organisieren, da die derzeitige Lage ein breites und konsequentes zivilgesellschaftliches Engagement erfordert. Die Basisdemokratische Linke betrachtet ein solches Engagement als notwendiges Mittel gegen ein Erstarken rechter und rassistischer Tendenzen, wie Hannah Sing betont: „Nicht nur die Ereignisse in Heiligenstadt zeigen die Existenz starker rechter Strukturen in der Göttinger Umgebung. Auch in Duderstadt gibt es ähnliche Kundgebungen, angemeldet vom Göttinger Junge Alternative-Vorsitzenden Lars Steinke, und die Strukturen organisierter Neonazis in Northeim sind seit langem bekannt. Dagegen muss dauerhaft und auf allen Ebenen vorgegangen werden." Ein Aktivist fügt hinzu: „Wir haben heute gesehen, dass wir gemeinsam etwas ausrichten können gegen Menschenverachtung. Heiligenstadt hat uns einmal mehr gezeigt, dass wir gemeinsam stark sein können und müssen im Kampf gegen Rassismus."

Infos zur Alarmliste unter http://alarmlistegoe.noblogs.org/

Quelle: Pressemitteilung Basisdemokratische Linke Göttingen
14.12.2015

NSU-Verfahren München

Viel Lärm um Nichts – zur Einlassung von Beate Zschäpe

Dass die heute von Zschäpes Verteidiger Grasel verlesene Einlassung, wonach sie mit den Taten des NSU nichts zu tun habe, vollkommen unglaubwürdig und sich daher, wie von ihren „AltverteidigerInnen“ Heer, Stahl und Sturm angekündigt, als „prozessualer Selbstmord“ herausstellen wird, erschließt sich von selbst und wird in den nächsten Wochen noch überdeutlich werden.

Wir wollen uns daher im Wesentlichen auf zwei Aspekte beschränken:

„Die angebliche ‚Entschuldigung‘ für die Taten von Mundlos und Böhnhardt nehme ich nicht an: sie ist eine Frechheit, vor allem, wenn sie dann noch verbunden wird mit der Ansage, keine unserer Fragen zu beantworten.“

Mit diesen Worten hat Gamze Kubaşik, Tochter des vom NSU 2004 in Dortmund ermordeten Mehmet Kubaşik, ihre Reaktion auf Zschäpes Erklärung zusammengefasst. Denn Zschäpes Einlassung – und die Art und Weise, wie Zschäpe und ihre Verteidiger diese eingeleitet haben – ist in mehrfacher Hinsicht eine krasse Grenzüberschreitung und eine Verhöhnung der Opfer.

Zunächst haben Zschäpe und ihre Verteidiger versucht, den Termin für die Einlassung bis zuletzt geheim zu halten, damit möglichst keine Nebenkläger kommen können (vgl. den Blogbeitrag vom 10.11.2015). Dann hat sie heute die Einlassung vor der Verlesung dem Gericht, den anderen Verteidigungen und der Bundesanwaltschaft austeilen lassen, nicht aber den NebenklägerInnen und ihren AnwältInnen. Zudem hat sie mitgeteilt, nicht nur Fragen des Gerichts, sondern auch Fragen der Verteidigung würden beantwortet, Fragen der NebenklägervertreterInnen – und ausdrücklich auch der NebenklägerInnen selbst – dagegen nicht.

Dann lässt Zschäpe eine völlig lebensfremde, konstruierte und in Teilen vor Selbstmitleid nur so triefende Erklärung abgeben, teilt bei jeder überfallenen Bank detailliert das Datum und die Adresse mit, hält es aber bei vielen der Mordopfer nicht einmal für nötig, deren Namen zu nennen. Und am Ende erdreistet sie sich, eine „Entschuldigung“ für ihre „moralische Verantwortung“ abzugeben. Dass dieser erbärmliche Versuch von den NebenklägerInnen zurückgewiesen wird, ist nicht überraschend.

„Wenn alle Brüder schweigen“

Dies gilt umso mehr, als Zschäpe keinerlei Konsequenzen aus dieser von ihr angeblich gefühlten Verantwortung zieht. Denn die NebenklägerInnen wollen natürlich u.a. auch wissen, wer noch in das Netzwerk der NSU eingebunden war, wer den NSU bei seinen Taten unterstützt hat usw. Darauf geht Zschäpe aber in ihrer Einlassung mit praktisch keinem Wort ein.

Sie deckt alle NSU-UnterstützerInnen weiterhin, sagte kein Wort zur Rolle des Angeklagten Eminger, der bis zuletzt zum engsten Umfeld von ihr Mundlos und Böhnhardt zählte, kein Wort zu den zahlreichen Nazis aus dem Umfeld der „Kameradschaft Jena“ und von „Blood and Honour“ Chemnitz, die den Drei beim Untertauchen halfen – und das, obwohl sie natürlich sehr genau Angaben zu diesen machen könnte. Einzige Ausnahmen: Tino Brandt belastet sie als führenden Kopf des Thüringer Heimatschutzes – der ist ja auch inzwischen als V-Mann enttarnt und hat in seiner Aussage im Gericht „die Jenaer“ recht schwer belastet. Und sie teilt mit, Thomas Starke habe den Sprengstoff für die in der Garage in Jena gefundenen Rohrbomben gefunden – das hatte der aber auch selbst bereits bei der Polizei mitgeteilt.

Damit gilt offensichtlich auch für Beate Zschäpe weiterhin der Satz aus dem Treuelied der Waffen-SS, dass „alle Brüder (und Schwestern) schweigen“ – auch wenn sie wortreiche Erklärungen verlesen lassen. Die Verteidigung Wohlleben hat bei der Ankündigung der Einlassung mitgeteilt, Wohlleben sei „seinen Idealen und politischen Überzeugungen treu geblieben und wird dies auch in Zukunft bleiben“. Mit ihrer Einlassung heute hat Zschäpe gezeigt, dass ähnliches auch für sie gilt, dass auch für sie die Verbundenheit zu den „Kameraden“ wichtiger ist als ihre geheuchelte Entschuldigung gegenüber den Opfern der NSU-Taten.

9.12.2015
http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2015/12/09/09-12-2015/

Angaben eines Unterstützers und Fragen an die Angeklagte Zschäpe

Zunächst wurde ein ehemaliger Gesinnungsfreund der Jenaer Kameradschaft zum Abtauchen von Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt befragt. Dieser hatte zusammen mit der ehemaligen Freundin von Wohlleben versucht, diesen aus Erfurt abzuholen, aus der Wohnung von Zschäpe Kleidung geholt und war dann mit Böhnhardts Auto herumgefahren, um die Polizei zu verwirren. Der genaue Ablauf der Aktion wurde auch durch diese Befragung nicht deutlich, weil auch dieser Zeuge offensichtlich bemüht war, möglichst wenig preiszugeben. Immerhin wurde erneut deutlich, dass die Gruppe damals davon ausging, dass auch Wohlleben von den geplanten Festnahmen betroffen sein würde, und dieser daher in die Flucht einbezogen war. Ob Wohlleben selbst ursprünglich auch abtauchen wollte, bleibt allerdings weiterhin unklar. Der Zeuge widersprach der Darstellung in der Erklärung Zschäpes, sie habe sich in der Wohnung seiner Eltern mit Böhnhardt und Mundlos getroffen und dort erfahren, was in der Garage alles gelagert war.

Nach der Mittagspause stellte der Vorsitzende seine Fragen an Beate Zschäpe, nachdem RA Grasel erneut für diese erklärt hatte, sie werde sich nicht direkt, sondern nur schriftlich über ihn oder RA Borchert einlassen.

Die meisten der Fragen beziehen sich auf Angaben in der schriftlichen Erklärung Zschäpes, gefragt wurde aber auch nach Alkohol- und Drogenkonsum und Krankheiten. Insbesondere fragte der Vorsitzende nach Einstellung und politischer Motivation von Mundlos und Böhnhardt, nach Freunden, politischen Bekannten und späteren Unterstützern. Ein weiterer Schwerpunkt war die angebliche Auseinandersetzung Zschäpes mit Böhnhardt und Mundlos, nachdem diese ihr immer wieder Morde und Anschläge gestanden haben sollen, sowie ihre Reaktion hierauf. Besonderes Interesse zeigte Götzl aber auch an den Auswanderungsplänen nach Südafrika und der Kontaktaufnahme zu Rechtsanwalt Eisenecker, der auf die Schilderung des Überfalls auf den Edekamarkt Ende 1998 und die vorherigen Aktionen acht bis zehn Jahre Freiheitsstrafe in Aussicht gestellt habe.

Insgesamt beschränkte sich der Vorsitzende auf relativ wenige Fragen, die sich aus der Erklärung aufdrängen. Es wird deutlich, dass er kein lang andauerndes schriftliches Befragespielchen durchführen will. Die anderen Prozessbeteiligten gaben nur wenige Fragen „zu Protokoll“ Zschäpes – wohl auch, weil RA Grasel ja ausdrücklich erklärt hatte, dass ausschließlich Fragen des Gerichts und der Verteidiger der Mitangeklagten beantwortet werden sollen. Viele NebenklagevertreterInnen erklärten, sie wollten Fragen stellen, aber erst einmal die Antworten auf die Fragen des Gerichts abwarten.

Nach Angaben Grasels sollen die heute gestellten Fragen erst im Januar beantwortet werden.

http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2015/12/15/15-12-2015/
15.12.2015

Ich! Bin! Ein Opfer!

Der Angeklagte Wohlleben beteuert seine Unschuld

Etwas überraschend verlas bereits heute der Angeklagte Ralf Wohlleben seine Erklärung, die er als Reaktion auf Zschäpes geändertes Prozessverhalten angekündigt hatte. Wohlleben will sich auch einer Befragung durch alle Prozessbeteiligten stellen, morgen aber nur zu Fragen zur Person. Da er sich weiter vorbereiten müsse, könnten Fragen zur Sache erst im Januar beantwortet werden.

Wohlleben bestreitet die ihm von der Anklage vorgeworfenen Taten. Er habe zwar seinen Freunden beim Untertauchen geholfen, es aber niemals für möglich gehalten, dass diese solche Straftaten begehen. Er habe auch einen Tip gegeben, wo Carsten Schultze nach einer Waffe fragen könnte, er sei aber davon ausgegangen, dass Uwe Böhnhardt diese Waffe nur haben wollte, um sich im Falle einer Festnahme selbst zu töten. Im Gegenteil habe er sich in seiner politischen Arbeit, aber auch privat immer gegen die Anwendung von Gewalt, insbesondere gegen fremdenfeindliche Gewalt ausgesprochen. Er greift damit die bereits von André Kapke vorgetragene Charakterisierung seiner Person als „Friedenstaube“ auf. Wohlleben inszeniert sich als Opfer. Als Opfer der Wende, die nicht die von ihm gewünschte nationalistische Ausrichtung brachte, sondern Globalisierung, Migration und Kapitalismus. Als Opfer der Polizei, die willkürlich gegen „Nationalisten“ vorgegangen sei. Als Opfer der Antifa, die ihn und seine Kameraden immer wieder angegriffen habe. Als Opfer der Mitangeklagten Gerlach und Schultze, die nicht nur sich selbst, sondern auch ihn belasten.

Spannend ist, dass Wohlleben angab, Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt mehrfach in Chemnitz und einmal, nach der Enttarnung Tino Brandts als V-Mann (Mai 2001), in Zwickau getroffen zu haben. Bei einem Treffen in Chemnitz sei ein ihm unbekannter „Glatzkopf“ dabei gewesen, der Details der Flucht gekannt habe, am Telefon habe ein ihm unbekannter Mann Anweisungen erteilt. Mit diesen Angaben bestätigt er seine wichtige Funktion für die drei, auch bei der Frage, ob diese durch Brandt gefährdet seien.

Bemerkenswert an der Erklärung Wohllebens ist, dass sie ähnlich der Erklärung Zschäpes stark auf den angeblichen Selbstmordplan Böhnhardts aufbaut. Wo Zschäpe allerdings abstruse Erklärungen für bestimmte Behauptungen gesucht hat, beschränkt sich Wohlleben auf das bloße Leugnen. Wo Zschäpe ihre politische Einstellung zu verbergen versucht hat, nutzt Wohlleben den Auftritt im Gerichtssaal für politische Propaganda, verliest ausführlich aus dem Aufruf zum von ihm mit veranstalteten „Fest der Völker“, spielt ein Neonazi-Propaganda-Video ab, das Theorien des „Ethnopluralismus“ darstellt.

Gemeinsam ist beiden Einlassungen, dass sie jede persönliche Schuld von sich weisen. Und gemeinsam ist beiden Einlassungen, dass sie schon in sich total unplausibel sind und zudem durch die bisherige Beweisaufnahme widerlegt sind.

Das gilt bei Wohlleben insbesondere, wenn dieser versucht, sich als „Friedensengel“ darzustellen, der Gewalt immer verabscheut habe und der auch „weltanschauliche Schulungen“ im Kreis der „Kameraden“ abgelehnt habe. Die Jenaer Landtagsabgeordnete Katharina König braucht nur 4 mal 140 Zeichen, um wesentliche Aspekte zu widerlegen: „wie war das mit der dem Vortrag zur „Friedenspolitik des III. Reiches?“, fragt sie, und verweist darauf, dass ausgerechnet der Nazi, den Wohlleben als Zeugen für seinen Aufruf zum Gewaltverzicht laden will, selbst nach einem gewalttätigen Überfall auf ein linkes Jugendcamp zu einer Jugendstrafe verurteilt wurde.

Auch der Verweis auf das „Fest der Völker“, bei dem berüchtigte Bands aus dem „Blood and Honour“- Netzwerk auftraten und Vertreter von offen den Nationalsozialismus verherrlichenden europäischen Parteien vor einem Transparent auftraten, das an die europäischen SS-Freiwilligenverbände erinnert, wird das Gericht kaum davon überzeugen, dass Wohlleben schon wegen seiner „Friedfertigkeit“ freizusprechen ist.

Die Wohlleben stark belastenden Aussagen der Angeklagten Schultze und Gerlach, die zu einem frühen Zeitpunkt bereits gegenüber der Polizei gemacht worden sind und später vor Gericht wiederholt wurden, werden sich mit bloßem Leugnen nicht widerlegen lassen, zumal eine Einlassung zu einem so späten Zeitpunkt, die auf die bereits durchgeführte Beweisaufnahme zugeschnitten ist, ohnehin nur geringen Beweiswert hat.

Im Übrigen zeigte sich schon bei der allerersten Frage an Wohlleben, dass er seine Ankündigung, er wolle alle Fragen beantworten, nicht durchhalten wird: gefragt nach dem Passwort einer verschlüsselten Festplatte, weigerte er sich, dieses herauszugeben, behauptete, die Daten seien identisch mit denen auf der nicht verschlüsselten Platte. Eine wenig plausible Erklärung – wenn die Dateien mit den schon bekannten identisch wären, wäre es ja kein Problem, das Passwort herauszugeben.

16.12.2015
http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2015/12/16/16-12-2015/

Zur Unterstützung und Verehrung des NSU durch André Eminger, und Wohllebens persönliche Verhältnisse im Kurzdurchlauf

Der heutige Verhandlungstag verlief kurz und relativ ereignislos. Ein BKA-Beamter stellte dar, welche Unterlagen für Vermerke zum Angeklagten Gerlach eingeholt wurden. Ein Teil der zu Grunde liegenden Mitteilungen bspw. des Bundesamtes für Verfassungsschutz sind allerdings laut Auskunft der BAW „noch unterwegs“ zum Gericht.

Eine BKA-Mitarbeiterin gab an, in der Wohnung Eminger ein mit Bleistift oder Kohle gezeichnetes Portrait von Böhnhardt und Mundlos mit der in altdeutscher Schrift gehaltenen Aufschrift „Unvergessen“ sowie einer Rune gefunden zu haben. Das Bild hing an der Wand über einem Regal, so dass ein altarähnlicher Eindruck entstand. Der Angeklagte Eminger habe einen „heftigen Ausbruch“ gehabt, als sie fragte, ob er mit einer Sicherstellung einverstanden wäre, aus diesem Grunde seien nur Fotos gemacht wurden. Die etwas albern anmutende Heldenverehrung des immer noch schweigenden Angeklagten Eminger kann Aufschluss geben auf sein persönliches Verhältnis zu Böhnhardt und Mundlos. Der damals 18-jährige André Eminger hatte Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt nach Angabe Mandy Strucks 1998, kurz nach dem Untertauchen, über Struck kennen gelernt und nach der bisherigen Beweisaufnahme bis zum Suizid von Mundlos und Böhnhardt unterstützt. Eminger beschäftigt sich nach Angaben der Zeugin auch in der Untersuchungshaft mit Zeichnen, so dass die Vermutung naheliegt, dass er seine Idole selbst verewigt hat.

Ein weiterer BKA-Zeuge berichtete von seinen Ermittlungen zu einem Konto des Angeklagten Eminger, von dem zwei vom NSU verwendete Bahncards bezahlt wurden. Für das Konto waren nur Eminger und seiner Frau Susann verfügungsberechtigt. Auch gegen Susann Eminger wird derzeit noch ermittelt, eine der drei (!) Fragen der Bundesanwaltschaft an Zschäpe war: „Welche Kenntnisse hatte Susann Eminger von den Taten?“

Die bereits gestern angekündigte Vernehmung Ralf Wohllebens zu seinen persönlichen Verhältnissen führte der Vorsitzende im Schnelldurchlauf durch, sie ergab nichts Bemerkenswertes. Das Gericht verabschiedete sich daher bereits um 11 Uhr in die Weihnachtsferien.

Die Verhandlung wird am Dienstag, den 12. Januar 2016 fortgesetzt.
17.12.2015
http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2015/12/17/17-12-2015/

„Ein Aufschub für die Republik“

So titelt die liberale Pariser Abendzeitung Le Monde in ihrer Dienstags-Ausgabe (15. Dezember), der Leitartikel auf der Seite Eins ist überschrieben mit: „Handeln vor der Katastrophe“. Diese Schlagzeilen geben dem auch sonst verbreiteten Gefühl einen Ausdruck, wonach man in Frankreich noch einmal davongekommen ist, was politische Siegeschancen der extremen Rechten betrifft – sich aber auf gar keinen Fall, mit dieser Feststellung im Rücken, nun getrost zurücklehnen darf.

Dem Front National (FN) ist es im zweiten Durchgang der französischen Regionalparlamentswahlen am 13. Dezember d.J. nicht gelungen, eine der dreizehn künftigen Regionalregierungen zu stellen. Er konnte keine der juristisch ab dem 1. Januar 2016 bestehenden neuen Regionen – einige von ihnen gingen aus dem Zusammenschluss bisheriger Verwaltungsregionen hervor, es gab ihrer bisher 22 – „erobern“. Die konservativ-wirtschaftsliberale Rechte stellt künftig sieben der neuen Regionalregierungen, die Sozialdemokratie fünf, auf Korsika gewannen die Autonomisten und Inselnationalisten. Das Scheitern der extremen Rechten bei dem Versuch, einen oder mehrere Exekutivposten an der Spitze der Regionen zu übernehmen, erklärt sich zum Gutteil aus der Bündelung der übrigen politischen Kräfte, um dies zu verhindern.

Hinter dieser Realität verbirgt sich jedoch eine zweite. Denn der Front National kann zugleich auf neue Rekordzahlen verweisen, was die Ausdehnung seines wahlpolitischen Einflusses betrifft. Die erste lautet: 358 Sitze in den Regionalparlamenten, das sind so viele wie noch nie (nach den letzten Regionalparlamentswahlen im März 2010 waren es 110 Sitze; in den 1990er, vor einer Änderung des Regional-Wahlrechts, waren es bis zu maximal 239). Dadurch wird Marine Le Pen im Übrigen auch keinerlei Schwierigkeiten haben, zur nächsten Präsidentschaftswahl anzutreten – dazu sind die Unterstützungsunterschriften von 500 Parlamentarier/inne/n oder Bürgermeistern erforderlich. In der Vergangenheit drohte der FN mehrfach, knapp an dieser Hürde zu scheitern, bis dann doch noch einige Bürgermeister für ihn unterzeichneten. Nun weist die Partei jedoch, zum ersten Mal, in ihren eigenen Reihen genügend Mandatsträger/innen dafür auf.

Marion Maréchal-Le Pen; Foto: B.S.

Neuer Sockel für den FN-Einfluss

Der zweite Rekorwert: In den Stichwahlen stimmten insgesamt 6,82 Millionen Französinnen und Franzosen für die rechtsextreme Partei, nachdem es in der ersten Runde 6,02 Millionen waren. Prozentual ergab dies in beiden Fällen knapp 28 Prozent. Das sind so viele wie noch nie. Ihr bisheriger Rekord lag bei 6,42 Millionen Stimmen im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen von 2012 für Marine Le Pen. Ihr Vater, Jean-Marie Le Pen, hatte 2002, als ihm der Einzug in die Stichwahl um die französische Präsidentschaft (neben Jacques Chirac) gelungen war, insgesamt 5,5 Millionen Stimmen sammeln können.

Gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten – nicht jener der tatsächlich Abstimmenden – entspricht diese neue Rekordzahl einem Anteil von 13,2 Prozent der in die Wählerverzeichnisse eingetragenen Bürgerinnen und Bürger. Die Wahlbeteiligung betrug in der ersten Runde 49,9 Prozent, im zweiten Durchgang stieg sie sprunghaft auf 58,5 Prozent. Dieser Zuwachs an Wahlteilnehmern und –teilnehmerinnen fällt noch höher aus als der zwischen den beiden Durchgängen der französischen Präsidentschaftswahl von 2002 zu verzeichnende: Damals war die Beteiligung um 8,11 Prozent gestiegen. In beiden Fällen ging es vielen Stimm-Abstinenzlern der ersten Runde darum, in den Stichwahlen einen Durchmarsch des FN zu verhindern.

Der größere Teil der Nichtwähler/innen aus der ersten Runde stimmte folgerichtig in der zweiten dann für jene Listen, ob konservative oder sozialdemokratische, die gegen den FN antraten. Eine Ausnahme bilden dabei allerdings die beiden Regionen in Nordost- und Südostfrankreich, in denen der FN nach allgemeiner Auffassung tatsächliche Siegeschancen aufwies: Nord-Pas de Calais-Picardie (40,64 Prozent für die Spitzenkandidatin Marine Le Pen im ersten, 42,2 Prozent im zweiten Durchgang) und Provence-Alpes-Côte d’Azur (40,55 Prozent für die Liste von Marion Maréchal-Le Pen in der ersten und 45,2 Prozent in der zweiten Runde). Dort fiel die Zunahme bei der Stimmbeteiligung ungefähr so stark aus wie im landesweiten Durchschnitt. Aber einer Umfrage des Instituts OpinionWay am Ausgang der Wahllokale zufolge stimmten in diesen beiden Regionen zwar 60 Prozent derer, die in der zweiten Runde eine gültige Stimme abgegeben und sich in der ersten enthalten hatten, für die konservative Liste. Diese stellte die einzige Alternative zum FN dar, nachdem die Sozialdemokratie die ihre zurückgezogen hatte, um Dämme gegen die extreme Rechte zu errichten. Aber 40 Prozent dieser vormaligen Nichtwähler/innen stimmten nunmehr für den FN. In diesen beiden Regionen übte die Partei also eine gewisse Anziehungskraft auch auf einen Teil der Nichtwähler aus. Im Übrigen weisen diese Regionen auch einen Rekordwert an ungültig abgegebenen Stimmen auf (4,5 Prozent im Nordosten und 5,4 Prozent in PACA). Dabei dürfte es sich um Linkswähler/innen handeln, die nicht konservativ votieren mochten, aber zugleich den Anteil des FN an der Gesamtzahl der abgegeben Stimmen verringen wollten.

Am stärksten war diese Tendenz, in dem Ziel abzustimmen, „den FN zu verhindern“, in der jüngeren Generation. So erklärten 72 Prozent der Wahlteilnehmer/innen insgesamt, doch 78 Prozent der 18- bis 30jährigen unter ihnen gegenüber dem Umfrageinstitut Harris Interactive, ihr Wahlmotiv (oder eines ihrer Stimmmotive) liege in der Verhinderung einer Regierungsübernahme durch den FN. Allerdings scheint dies im Widerspruch dazu zu stehen, dass laut OpinionWay in dieser Generation 29 Prozent in der zweiten Runde für den FN stimmten. Zwei Drittel der Jungwähler/innen zwischen 18 und 24 enthielten sich zugleich in den Stichwahlen ihrer Stimme. Jenseits dieser Zahlen, die sich durch eine gewisse Widersprüchlichkeit auszeichnen, dürfte jedoch feststehen, dass in der jüngeren Generation eine gewisse Polarisierung herrscht. Wiederum bei Harris Interactive taucht die Zahl von 31 Prozent der Jungwähler/innn auf, denen zufolge „allein der FN neue Lösungen anzubieten“ habe, während 23 Prozent der Wählerschaft insgesamt dieser Antwort zustimmten.

Zusammensetzung der Wähler/innen/schaft

Wie schon bei anderen Wahlen in den letzten 25 Jahren – seitdem die früher einmal eher mittelständische Wählerschaft des FN während der achtziger Jahre ab den Neunzigern zum Teil durch eine Unterklassen-Anhängerschaft ausgetauscht wurde, parallel zum Wechsel im sozial- und wirtschaftspolitischen Diskurs der rechtsextremen Parteien – weist der Front National einen „Unterklassenbauch" auf. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person für den FN stimmt, wächst umgekehrt proportional zum Einkommen sowie zum Bildungsgrad.

Treffen die Zahlen des Instituts OpinionWay zu, dann stimmten 14 Prozent der höheren Angestellten sowie Angehörigen intellektueller Berufe für den FN, doch 54 Prozent der Arbeiterschaft – sofern sie wählen ging, denn überdurchschnittlich viele Angehörige dieser sozialen Gruppe gingen überhaupt nicht zur Wahl. Beim Institut Ipsos wiederum beträgt der Anteil der FN-Stimmen in der Arbeiterschaft hingegen 43 Prozent. Bei OpinionWay enthielten sich in dieser Gruppe demnach 51 Prozent der Stimme, laut Ipsos hingegen 61 Prozent; die Zahlenbasis ist also nicht vollständig gesichert, zeichnet jedoch eine Tendenz.

Aber auch 29 Prozent der Unternehmer und Selbständigen votierten demnach für den FN. Von den Befragten mit Hochschulabschluss stimmten derselben Befragung zufolge 14 Prozent für den FN, bei denen mit Abitur 33 Prozent, unter denjenigen ohne Abitur hingegen 45 Prozent.

Unter den Anhänger/inne/n aller politischen Parteien weist die FN-Wählerschaft den höchsten Anteil von Personen auf, die sich als „an den Regionalwahlen interessiert" ausgaben (60 Prozent, ansonsten im Durchschnitt 45 Prozent), die ihre Stimmentscheidung als seit längerem feststehend bezeichneten (47 Prozent gegenüber 42 Prozent im allgemeinen Durchschnitt), und die „nationale Politikinhalte" als vorrangig gegenüber „lokalen" darstellten (63 Prozent, durchschnittlich 41 Prozent). Dabei handelt es sich vor allem um die üblichen ideologischen Symbolthemen: Einwanderung (von 77 Prozent der FN- und 34 Prozent der allgemeinen Wählerschaft als Motiv angegeben) und „Innere Sicherheit" (72 Prozent gegenüber 45 Prozent). Hinzu kommen Steuersenkungen (48 Prozent gegenüber 39). Nahezu alle anderen Themen interessierten die FN-Wähler/innen weniger als die anderen, handele sich um die Schaffung von Arbeitsplätzen (33 Prozent zu 51), Umweltschutz (22 Prozent zu 39) oder Schulbauten, wofür die Regionen zuständig sind. Als wichtige Motiv wurde durch die FN-Wähler/innen ferner angegeben, dass sie durch ihre Stimmabgabe die Zentralregierung unter François Hollande abstrafen wollten. Dieses Motiv wurde von 63 Prozent unter ihnen genannt, im Durchschnitt aller Wähler/innen irgendeiner Partei durch 36 Prozent.

Was die früheren politischen Präferenzen der „frischen" FN-Wähler betrifft, fällt auf, dass besonders viele jetzt neu hinzukommende Wähler/innen der extremen Rechten früher für Nicolas Sarkozy stimmten – 20 Prozent von dessen Wähler/inne/n bei der Präsidentschaftswahl 2012 fanden sich dieses Mal beim FN ein. Gemessen am Stimmverhalten in der ersten Runde der Regionalparlamentswahlen wechselten vor allem Wähler/innen der nationalistischen bürgerlichen Rechten, vertreten durch den sich selbst als „gaullistisch" ausgebenden EU-Kritiker Nicolas Dupont-Aignan, in der Stichwahl zum FN. Dupont-Aignans Listen erzielten im ersten Durchgang knapp vier Prozent, im zweiten fanden sich 32 Prozent seiner Wählerschaft (laut OpinionWay) beim FN wieder. Dupont-Aignan hatte jede Stimmempfehlung für die zweite Runde verweigert.

Strategisches Problem des FN

Die Niederlage des FN in den Stichwahlen weist vor allem auf das strategische Problem hin, das für ihn nach wie vor darin besteht, dass er über keine Verbündeten unter den anderen politischen Kräften verfügt. Dadurch fehlen ihm die Stimmreserven, die für andere politische Parteien daraus resultieren, dass sie in der zweiten Runde ihre Wählerpotenziale mit denen anderer Parteien bündeln. Nachdem in den besonders vom FN „gefährderten" Regionen die sozialdemokratischen Listen zugunsten einer Wahlempfehlung für die Konservativ-Liberalen zurückgezogen worden waren (auch wenn nicht alle Linkswähler/innen dieser Aufforderung Folge leisteten), wuchsen die Anforderungen für die extreme Rechte erheblich. Denn in einer Stichwahl mit drei Listen genügt eine absolute Mehrheit für den Wahlsieg, in einer Runde mit nur zwei Listen ist jedoch eine absolute Mehrheit erforderlich. Eine solche hat in jüngerer Zeit keine rechtsextreme Partei in Europa erreicht. Zwar regierten oder regieren solche Parteien manche Regionen in Europa (in Österreich ehemals Kärnten und jetzt das Burgenland, in Italien die norditalienischen Regionen Lombardei und Venetien), doch erreichten die betreffenden Parteien – FPÖ und Lega Nord – dabei jeweils nur relative Mehrheiten und schlossen Koalitionen mit anderen Kräften. Historisch hat selbst die NSDAP in zugespitzten wirtschaftlichen Krisenzeiten keine eigene absolute Mehrheit erreicht (jedenfalls nicht auf deutschlandweiter Ebene), sondern ging ihrerseits Bündnisse mit Deutschnationalen und Konservativen ein.

Welche Konsequenzen für den FN?

Auf ihr Dilemma, mit einer Strategie des „Allein gegen alle" regelmäßig (spätestens) am Sperrriegel der erforderlichen absoluten Mehrheit zu scheitern, könnte die Partei von Marine Le Pen grundsätzlich mehrere Antworten geben. Die eine bestünde darin, zu versuchen, die Konservativen zu zerreißen und einen Teil von ihnen zu sich herüberzuziehen. Dies könnte ansatzweise dann gelingen, wenn der FN in einer Stichwahl gegen die Sozialdemokratie oder einen Block von Linksparteien anzutreten hätte. Doch er kann sich seine Gegenspieler bei Wahlen nicht aussuchen, und ob es sich um die Präsidentschaftswahl 2002 oder die jüngsten Regionalparlamentswahlen handelt – oft steht er Konservativen gegenüber, und dann gelingt es Letzteren, sowohl einen Teil der rechten Wählerschaft als auch die der Mitte und der Linken hinter sich zu vereinen, während der FN in eine Rechtsaußenecke abgedrängt bleibt. Dafür erreicht er zwar bemerkenswert hohe Stimmergebnisse, doch bis an die Fünfzig-Prozent-Marke reichte er bislang nicht heran.

Eine andere Strategie bestünde darin, heute schon Bündnisangebote an manche konservativen Kräfte zu richten. Eine dritte, ihr diametral entgegenstehende besteht darin, zu erklären, „Links" und „Rechts" spielten als politische Kategorien ohnhin keine Rolle mehr, und der FN stünde als „einzige Alternative zu den abgewirtschafteten Systemparteien" in Äquidistanz sowohl zur Linken als auch zur bürgerlichen Rechten. Die wirkliche Trennungslinie verlaufe auch nicht mehr zwischen politischer Linker und politischer Rechter – denn in einem solchen Falle bliebe der FN auf konservative Bündnisse angewiesen –, sondern etwa zwischen „dem Weltsystem unterworfenen Parteien" einerseits und Nationalisten andererseits.

Letztgenannten Kurs hat der FN seit den frühen 1990er Jahren eingeschlagen, nachdem rechtsextreme Intellektuelle und Strategen damals theoretisiert hatten, durch den Fall der Berliner Mauer und den angeblichen „Tod des Marxismus" könne ihre Partei den vermeintlich freiwerdenden Platz der „Systemopposition" und des Ausdrucks sozialer Veränderungswünsche einnehmen. Sinnfälligen Ausdruck fand diese Strategie im Jahr 1995 durch die vorübergehende Übernahme des Slogans *Ni droite ni gauche, Français* („Nicht links, nicht rechts, sondern Franzosen"), die schon bei Jacques Doriot im Faschismus der 1930er Jahre Verwendung gefunden hatte.

Ähnlich positioniert sich auch heute Marine Le Pen wiederum. In einer Ansprache am Abend des 10. Dezember 2015 in Paris, wo sie zusammen mit allen

regionalen Spitzenkandidat/inn/en des FN auftrat, behauptete sie, die wirkliche politische Spaltung im Lande verlaufe zwischen *mondialistes* (ungefähr: Anhängern einer Eine-Welt-Ideologie) und *Patrioten*. Alle „Altparteien" gehörten in den ersten Sack, der FN verkörpere das zweitgenannte Lager.

Anders konkret positioniert hat sich ihr Vizevorsitzender in der Partei, Florian Philippot. Er war als Spitzenkandidat in Ostfrankreich (im neuen Zusammenschluss der Regionen Elsass, Lothringen und Champagne-Ardennen) angetreten. Am Abend des Wahlsonntags am 13. Dezember bot er explizit dem Nationalkonservativen Nicolas Dupont-Aignan ein politisches Bündnis an. Um eine neue, potenziell mehrheitsfähige Allianz auf der politischen Rechten aufzubauen, dürfte dieses relativ kleine Segment der Rechtskräfte jedoch sicherlich nicht ausreichen, zumal Dupont-Aignan auch jedenfalls keine exklusive Partnerschaft mit dem FN anstrebt. Das Haupthindernis bei einer Annäherung an andere konservative Rechte besteht jedoch nach wie vor in einem diametral entgegenstehenden Diskurs zur Wirtschaftspolitik: wirtschaftsliberal bei den Mainstream-Konservativen, eher etatistisch beim FN, obwohl er seit dem Frühsommer 2015 auch einige wirtschaftsliberale Kurskorrekturen vorgenommen hat.

Eine vierte Möglichkeit für den FN bestünde darin, abzuwarten, dass äußere Krisenfaktoren – eine Zuspitzung der sozialen und ökonomischen Krisensituation, weitere Attentate, kriegerische Konflikte mit Rückwirkungen auf Frankreich – die Partei nach oben spülen, auch wenn sie über keine Verbündeten von Gewicht verfügt. Darauf setzte Jean-Marie Le Pen in seiner Zeit als Parteivorsitzender (1972 bis 2011) insgesamt über zwanzig Jahre lang, nachdem frühere Kontakte zu Konservativen in den späten achtziger Jahren abrissen. Bislang stellte diese Strategie jedoch nicht unter Beweis, dass sie zur erfolgreichen Machteroberung oder -beteiligung führt.

Bernard Schmid, Paris ■

Keine Sterne in Calais

Mehrere Einkaufsstraßen mit Dutzenden von Läden. Restaurants, meist mit afghanischer Küche, und Brotbackstuben. Mindestens eine Kirche, gut erkennbar, mit zwei Kuppeldächern aus Wellblech und Kreuzen obendrauf, ein riesiges Schild mit äthiopischer Schrift steht davor. Eine Schule mit Sprachkursen für Englisch und Französisch, ein Handwerksatelier mit Ausbildungsstätte, ein Theater und eine Künstlerecke. Dazwischen Zelte in grünen, blauen und schwarzen Plastikplanen, zwischendrin auch einzelne befestigte Holzhäuser. All dies findet man in der allgemein als Jungle bekannten informellen Stadt mit derzeit zwischen 5000 und 6000 Einwohnerinnen und Einwohnern, die östlich an die französische Hafenstadt Calais an der Ärmelkanalküste herangewachsen ist.

Nur geteerte Straßen, Hausnummern oder offizielle Adressen, das gibt es hier nicht. Die meisten Menschen betrachten ihre Behausung hier ohnehin nur als Provisorium, denn ihre wichtigste Hoffnung besteht darin, in naher Zukunft schon hier weg zu sein. Und vor allem, drüben zu sein: drüben auf den britischen Inseln. Der Weg zur Hafenzone von Calais, wo einige von ihnen gar zu gerne die Überfahrt versuchen würden, indem sie sich auf einen LKW oder ins Innere einer Fähre schmuggeln, ist von dreifacher Stacheldrahtumzäunung mit Sensorenkameras umgeben. Eine starke Blaufärbung – Blau ist in Frankreich die Farbe der Uniformen von Polizei und Gendarmerie – prägt die Landschaft, allenthalben stehen Gendarmeriefahrzeuge am Straßenrand. Allerdings war es auch die französische Staatsmacht, die auf dem Gelände Duschen einbauen und Toilettenhäuschen aufstellen „musste" – dazu hatte der Conseil d'Etat, das oberste Verwaltungsgericht in Frankreich, den Staat am 23. November 2015 verurteilt[1], weil andernfalls ein Verstoß gegen die Menschenwürde und eine grundrechtswidrige Behandlung vorliege. Seitdem sind tatsächlich einige Wasserhähne, Duschen und Dixie-Klos errichtet worden.

Die informelle Stadt wird im Französischen als bidonville bezeichnet – das bedeutet „Kanisterstadt", eine Bezeichnung für Slums, wie man sie in afrikanischen oder asiatischen Ballungszentren antrifft, wie es aber auch in den 1960er Jahren noch in größerer Zahl im nördlichen Pariser Umland gab. Ihre Existenz ist ausschließlich eine Frucht des bestehenden Grenzregimes. In EU-Europa hindert man zwar Menschen in der Regel eher an der Ein- als an der Ausreise. Dies bedeutet aber auch, dass die mehr oder weniger reichen Staaten, die zum Ziel vieler Einwanderungswünsche werden, oftmals vor- und ausgelagerte Kontrollen auf dem Boden anderer Länder unterhalten. Die EU als solche hat dementsprechende Verträge mit Marokko und Tunesien laufen, früher auch mit Libyen unter Muammar Al-Gaddafi, und seit dem Beginn des „Khartum-Prozesses" im Herbst 2014 versucht sie auch brutale Diktaturen wie im Sudan und in Eritrea in diese Rolle einzubeziehen. Aber auch ein Land mit starken bürgerlich-demokratischen Traditionen wie Frankreich übernimmt diese Rolle als Grenzwächter, in diesem Fall für seinen britischen Nachbarn.

Menschen aus Syrien und dem Iraq, aus Afghanistan, aus dem Sudan träumen eher von einem neuen Leben in England, als dass sie auf dem Kontinent Zuflucht suchen würden. Auch in Frankreich wären sie selbst aus Sicht des herrschenden Rechtsverständnisses in aller Regel asylberechtigt. Doch aus verschiedenen Gründen sehen sie ihre Zukunft viel eher auf britischem Boden: Weil sie aus Kolonien der Krone kommen und Englisch sprechen, aufgrund der Präsenz von Familienmitgliedern dort, oder aufgrund eines relativ durchlässigen Arbeitsmarkts – auch wenn Lohnabhängige dort vergleichsweise rechtlos sind, schaffen auch „illegale" Migranten es dort immerhin leichter, überhaupt einen Job zu bekommen. Zwei junge Männer erklären auf Arabisch, sie seien Kuwait bidoun, also Staatenlose aus dem Emirat Kuwait, denen in dem extrem elitär aufgebauten Rechtssystem der Golfmonarchie die Staatsangehörigkeit verweigert wird, obwohl ihre Familien seit Generationen dort ansässig waren. Eine Zukunft sehen sie für sich nur in England: Aus Frankreich haben sie Negatives vom Anerkennungsverfahren gehört, und als Abkömmlinge einer früheren britischen Kolonie haben sie Kenntnisse von der Sprache Shakespears – nicht von jener Molières.

Auch die harte französische Anerkennungspraxis im Asylverfahren, die noch niedriger liegt als in Deutschland, schreckt viele von einem Antrag auf Anerkennung als Flüchtling in Frankreich ab. Die globale Anerkennungsquote des OFPRA, des Pendants zum deutschen Bundesamt für Migration, lag bis vor kurzem bei rund 18 Prozent, aufgrund der syrischen Flüchtlinge stieg sie um etwa fünf Prozentpunkte. Der „Nationale Asyl-Gerichtshof" (die CNDA) als einzige Berufungsinstanz rettet seinerseits noch ein paar weitere Prozent unter den Flüchtlingen, doch insgesamt kommt die Quote nicht über dreißig Prozent hinaus.

Vor fünfzehn Jahren unterhielt das Rote Kreuz ein großes, fast 2000 Menschen umfassendes Camp mit sanitären Einrichtungen in Sangatte, einige Kilometer westlich von Calais, um das Stadtgebiet zu entlasten. (Vgl. dazu einen Artikel vom Verf. dieser Zeilen aus dem Juni

[1] Vgl. http://www.lemonde.fr/immigration-et-diversite/article/2015/11/24/calais-l-etat-definitivement-condamne-a-rendre-la-jungle-plus-digne_4815977_1654200.html

Eintritt in den Slum; Foto: B.S.

2002: http://jungle-world.com/artikel/2002/25/23745.html) Denn zuvor waren innerstädtische Flächen rund um das Rathaus von der, an solch zentralen Orten besonders sichtbaren Präsenz von Flüchtlingen – damals eher Kurden – geprägt gewesen. Damals war es auch noch relativ einfach möglich, in einem LKW oder auf einem Schiff bis nach England mitgenommen zu werden. Die damaligen Innenminister auf französischer und britischer Seite, Nicolas Sarkozy und Jack Straw, ordneten im November 2002 die ersatzlose Schließung des Lagers an. Es ging darum, einen Autoritätsbeweis durchzuführen und Flüchtlingen zu signalisieren, dass unkontrollierte Durchreise nicht akzeptiert wird.

Daraufhin bildeten sich als Jungles bezeichnete, „illegale" Camps in den Wäldern rund um Calais. In den letzten Jahren wurden auch sie nacheinander geräumt. Und so entstand aus vielen kleinen „Dschungeln" ein größerer. Auch in La Grande-Synthe in der Nähe von Dunkerque, rund dreißig Kilometer weiter östlich, leben nochmals rund 2000 Menschen in einem ähnlichen Camp. Unterdessen wird das Übersetzen über den Ärmelkanal immer schwieriger und unwahrscheinlicher, etwa aufgrund von Infrarotkameras und Detektoren, mit denen eine menschliche Präsenz in den Fahrzeugen aufgespürt wird, bevor sie auf die Autofähren auffahren dürfen. „Früher schafften es vielleicht 150 Menschen pro Nacht, nach England durchzukommen. Heute sollen es noch vier oder fünf sein", meint Jean-Pierre, der als freiwilliger Aktivist seit bald zwanzig Jahren die Situation vor Ort verfolgt und oft aus Paris hierher fährt. Entsprechend wächst und wächst der „Dschungel" von Calais.

Hin und versuchen es die Betreffenden dann mit Massenanstürmen auf LKWs, wie zuletzt am Donnerstag, den 17. Dezember 2015 mit über 1000 beteiligten Menschen[2]. Oder auf den Eingang des in der Nähe beginnenden „Eurotunnels" – durch den der Hochgeschwindigkeitszug von Paris nach London fährt, nach 12 Kilometern unterirdischer Fahrt oder Fußmarschs ist man dann auf britischem Territorium –, wie im Sommer 2015 bei zahlreichen Anläufen. Jeweils soll dann die pure Zahl der Beteiligten es zumindest Einigen ermöglichen, den Weg zu schaffen, da die Zurückhaltung aller Mitmachenden auf einmal durch den Ansturm so vieler Personen auf einmal erschwert wird (wie etwa auch am Zaun rund um die spanischen Enklaven Ceuta & Melilla in Marokko). Um die Versuche, auf unterirdischen Fußmärschen bis nach England zu gelangen, zusätzlich zu erschweren, plant die französische Staatsmacht nun, den Tunnel einige Dutzend Zentimeter tief unter Wasser zu setzen.

Längst hat sich ein Teil der örtlichen Bevölkerung, pragmatisch oder aufgrund von Wertvorstellung motiviert, mit seiner Existenz abgefunden. In dem Brotbackzelt von afghanischen Händlern klappt die Verständigung auf Persisch. Wie schaffen sie eigentlich Vorräte für ihre Geschäfte heran? Müssen sie alles selbst herbeiholen? Nein, meinen sie, zwar führen sie viel selbst heran, doch auch örtliche Geschäftsleute und Großhändler belieferten den „Dschungel" inzwischen: Geld sei Geld, meinten diese. Andere Menschen haben eher ideelle Motive. Mélanie, eine Ohrenärztin (Vorname redaktionell geändert), betätigt sich als Lehrerin und gibt Geflüchteten Sprachkurse. Virginie betreibt ein Projekt mit Kindern aus dem Camp und Schulkindern in einer Nachbarstadt: Beide Kindergruppen malen Postkarten für die jeweils anderen Altersgenossen, um sich besser kennenzulernen. Zahllose Menschen verkehren, zu Fuß oder in Autos, im Camp. Menschenrechtsgruppen und NGOs, aber auch Familienangehörige oder auch gewerbsmäßig tätige Schlepper. Britische NGOs (oder etwa die britisch-pakistanische Nichtregierungsorganisation „Green Light") schleppen zahlreiche Kleidungsstücke, säckeweise Nahrungsmittel oder auch Zement durch die informelle Stadt. Auch ein PKW mit Hamburger Kennzeichnen kommt an uns vorbei.

Extreme Rechte

Doch für einen Großteil der örtlichen Bevölkerung bleibt der „Dschungel" ein Brennpunkt, ja ein Schandfleck. 300 bis 600 Menschen nehmen in unregelmäßigen Abständen an Demonstrationen der außerparlamentarischen extremen Rechten, etwa auf Aufrufe des Kollektivs Sauvons Calais („Retten wir Calais"), teil. 49,1 Prozent erhielt im Wahlkreis der Front National beim ersten Durchgang der französischen Regionalparlamentswahlen am 6. Dezember 2015, noch mehr als im Durchschnitt der Region mit 40,6 Prozent. Die konservative Bürgermeisterin Nathalie Bouchart wollte im Oktober dieses Jahres die Armee vor Ort herbeirufen. Ende November nutzte sie dann die Vollmachten, die der Notstand überall den Exekutivorganen verleiht, und überredete den Präfekten im Bezirk dazu, die Zufahrtstraße zum Hafen zur Sperrzone zu erklären[3] – für alle, die nicht in einem Fahrzeug unterwegs sind oder ein solches zum Stehen bringen. Die Einrichtung solcher No Go-Zonen macht ihr Betreten, solange der Ausnahmezustand herrscht, zum mit Haftstrafen bedrohten Straftatbestand.

Staatsmacht

Auch die französische Staatsmacht versucht sich immer wieder mit so sinn- wie ergebnislosen Autoritätsbeweisen, die darauf hinauslaufen, dass die Menschen über den Rest des Landes verstreut werden und mehrere Wochen oder Monate verlieren, bis sie dann wieder in Calais anstranden. Bisweilen kommt es rund um den „Dschungel" zu Reibereien und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den „Sicherheits"kräften. Polizei oder Feuerwehr behaupten, regelmäßig Steinwürfe einzustecken; syrische Geflüchtete trugen erst jüngst wieder Vorwürfe betreffend Polizeigewalt vor[4].

Am 21. Oktober 2015 nahm die Polizei eine Massenverhaftung von mehreren Hundert Menschen in der Nähe des Calaiser Bahnhofs vor, in ihrer Mehrzahl Geflüchtete aus Syrien, dem Iraq und Eritrea. Also aus Ländern, deren Staatsangehörige sogar in Frankreich extrem hohe Chancen haben, als Asylberechtigte im Sinne der Genfer Konvention anerkannt zu werden, die jedoch auf die britischen Inseln wollen. An den folgenden Tagen wurden die Betreffenden in Ausweisungsgewahrsam gesteckt und dabei auf Abschiebegefängnisse in fast ganz Frankreich verteilt: Toulouse, Nîmes (Südwest- und Südfrankreich), Metz (in Lothringen), Mesnil-Amelot (bei Paris)…[5]

Offensichtlich wurde hierbei Abschiebegewahrsam, als Instrument des Freiheits-

2 Vgl. www.lemonde.fr/societe/article/2015/12/18/a-calais-tentative-massive-d-intrusion-dans-le-tunnel-sous-la-manche_4834655_3224.html

3 Vgl. U.a. https://passeursdhospitalites.wordpress.com/2015/12/05/detournement-detat-durgence-un-arrete-anti-migrants/

4 Vgl. einen Artikel vom 10. Dezember 2015: http://www.lavoixdunord.fr/region/migrants-de-calais-des-syriens-accusent-des-crs-d-usage-ia33b48581n3210202

5 Vgl. https://www.mediapart.fr/journal/france/311015/l-etat-francais-enferme-les-migrants-en-transit-calais-par-centaines?onglet=full

entzugs, für sachfremde Zwecke benutzt, nämlich nicht einmal für eine – in vielen Fällen im Hinblick auf die Herkunftsländer unmögliche – Abschiebung, sondern lediglich zum Zweck der vorübergehenden räumlichen Entfernung von Calais. Die NGO Cimade spricht deswegen auch von „illegaler Freiheitsberaubung“[6].

In einem Urteil vom 23. Oktober 2015 zeigte sich bspw. der Haftprüfungsrichter Jean-Louis Galland im südfranzösischen Nimes, übel gelaunt. Man möge ihm doch bitte erklären, schrieb er in seine Urteilsbegründung (diese ist im Original HIER zu finden: https://drive.google.com/file/d/0ByMEwaoe DDkBcHc2R2VaUjN6SGM/view) hinein, wie die Regierung Menschen nach Syrien abzuschieben gedenke – und sorgte für die eilige Freilassung aller Betreffenden[7]. Aber an eine reale Ausreise der Menschen, für deren Herkunftsländer in aller Regel ein absoluter Abschiebeschutz besteht, war wohl auch nicht gedacht. „Aus den Augen, aus dem Sinn“ lautete das Motto der Behörden.

Um wenigstens wieder ein bisschen Kontrolle zurückzuerlangen, lässt die Regierung nun einen Teil des bidonville durch ein Containerlager ersetzen. Vorletzte Woche kamen die Planierraupen; am Dienstag, den 15. Dezember 2015 wurden die ersten Wohncontainer errichtet[8]. Dieses offizielle Lager soll 1500 Menschen Platz bieten, also einer Minderheit der jetzigen Bewohner, von Gittern umgeben sein und nur mit Einlasserlaubnis (mit automatischer Erkennung am Eingang durch Erkennung der Handflächen) betreten werden können. Hauptsache, die Unterstützerinnen und lästige Zeugen sind dann nicht mehr dabei!

Am 23. Januar 2016 soll eine größere Demonstration mit internationaler (mindestens französisch-britischer) Beteiligung in Calais stattfinden.

Bernard Schmid, live aus Calais ■

Handswerksschule im Slum (= Ecole des Arts et métiers); Foto: B.S.

6 Vgl. http://www.lemonde.fr/societe/article/2015/12/02/migrants-de-calais-le-placement-en-retention-constitue-un-enfermement-abusif-et-illegal-selon-la-cimade_4822593_3224.html – Am 2. Dezember 2015 kritisierte auch die frühere sozialdemokratische Politikerin Adeline Hazan, die derzeit das Amt des Contrôleur général des lieux de privation de liberté (ungefähr: Chefin einer unabhängigen Behörde, welche die Einhaltung von Grundrechten in Haftanstalten und anderen Einrichtungen des Freiheitsentzugs zu kontrollieren hat) ausübt/innehat, in scharfer Form die Benutzung von Abschiebehaft zu solchen Zwecken. Die Behördenchefin warf der Regierung in diesem Zusammenhang Menschenrechtsverstöße vor. Vgl. http://www.liberation.fr/france/2015/12/02/a-calais-detournement-de-procedure-et-atteinte-aux-droits-fondamentaux_1417563 und http://www.lemonde.fr/immigration-et-diversite/article/2015/12/02/calais-le-controleur-des-libertes-denonce-les-methodes-du-ministere_4821892_1654200.html

7 Vgl. dazu u.a. bspw. http://www.midilibre.fr/2015/10/27/les-migrants-places-en-retention-remis-en-liberte,1232652.php : Vgl. auch ein Gerichtsurteil aus Marseille vom 17. Dezember 2015 für siebenunddreißig Betreffende: http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2015/12/18/97001-20151218FILWWW00132-calaismigrants-la-justice-annule-des-arretes.php

8 Vgl. auch http://www.lavoixdunord.fr/region/migrants-de-calais-les-premiers-conteneurs-du-camp-ia33b48581n3219496

Starke Zunahme von Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte

Nach einer aktuellen Recherche der „Zeit“ gab es im Jahr 2015 bisher 222 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland. Insbesondere die Zahl der Brandanschläge auf bewohnte Unterkünfte hat demnach stark zugenommen. Entgegen der Beteuerung von Politiker/innen, dass mit der ganzen Härte des Rechtsstaats gegen die Täter/innen vorgehe, kommt die Recherche zu dem Ergebnis, dass es noch so gut wie keine Ermittlungserfolge gebe: „Nur in vier Fällen haben Gerichte bisher Täter verurteilt, in weiteren acht Fällen wurde Anklage erhoben. Das sind gerade einmal fünf Prozent aller Angriffe. In weniger als einem Viertel aller Fälle konnte die Polizei überhaupt einen Tatverdächtigen ermitteln. Fast alle Taten sind also bis heute nicht aufgeklärt. Elf Prozent der Verfahren wurden mittlerweile sogar ganz eingestellt. Und das, obwohl schon 104 Menschen bei Übergriffen verletzt wurden.“ In Baden-Württemberg gab es in 2015 17 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, darunter 7 Brandstiftungen.

Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de 10.12.2015 ■

Asyl-Obergrenzen sind rechtswidrig

„Asyl-Obergrenzen sind weder mit den Grundwerten einer humanitären Flüchtlingspolitik noch mit internationalem Recht vereinbar. Das Menschenrecht auf Asyl steht unter keinem Finanzierungs- oder Kapazitätsvorbehalt“, kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, das Ergebnis eines umfassenden Gutachtens zur Zulässigkeit von Obergrenzen im Asylrecht, welches vom Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages in ihrem Auftrag nach eingehender Prüfung der Rechtslage angefertigt wurde. Jelpke weiter:

„Alle Befürworter von Asyl-Obergrenzen sollten erst einmal einen Blick ins Gesetz werfen: Eine solche faktische Grenzschließung wäre weder mit Verfassungsrecht, noch mit EU-Recht oder mit internationalen Verpflichtungen vereinbar. Flüchtlinge haben ein Recht auf Schutz, auf eine individuelle Prüfung ihrer Asylgründe und auf effektiven Rechtsschutz gegen ablehnende Asylentscheidungen. Diese Rechte dürfen nicht einfach unter Berufung auf einen vorgeblichen Staatsnotstand oder mangelnde finanzielle Mittel ausgehebelt werden. Deutschland kann sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Die Aufnahme von schutzbedürftigen Menschen ist weder begrenzbar noch steht sie zur Disposition – sie ist eine humanitäre Pflicht.“

Ulla Jelpke, MdB

Winterabschiebestopp für Westbalkan gefordert

Der Freundeskreis für Flüchtlinge Stuttgart-Süd hat eine Online-Petition gestartet. Sie fordern „einen sofortigen Abschiebestopp für Familien aus dem Westbalkan in Baden-Württemberg während des Winters. Und wir fordern den Einsatz der Grün-Roten Landesregierung, um diese humanitäre Maßnahme bundesweit zu unterstützen.“

Die Landesregierung betreibt derzeit eine systematische Rückführung und Abschiebung von abgelehnten Asylsuchenden aus den sog. „sicheren Herkunftsstaaten“. Eine Aussetzung von Abschiebungen über den Winter gab es noch vor 2 Jahren Familien mit Kindern. Angesichts der derzeitigen Aufenthaltsbeendigungspolitik gegenüber Flüchtlingen aus dem Westbalkan erscheint dies politisch unrealistisch, wäre aber gerade für eine grünrote Landesregierung mehr als menschlich geboten.

Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de 08.12.2015 ■

„Proti Stassi" – Flüchtlingshilfe auf der Insel Lesbos

Während das Land am Rande des Staatsbankrotts dahinsegelt, spitzt sich die Lage für Flüchtlinge auf den Inseln der griechischen Ägäis immer mehr zu: für tausende Syrer, Afghanen und Andere, die von der türkischen Küste aus in kleinen Schlauchbooten Europa zu erreichen versuchen, ist die gefährliche Reise mit der Ankunft auf Lesbos, Chios, Kos oder Samos noch nicht beendet.

Nach zwei Erkundungsreisen in den vergangenen Wochen haben wir uns entschlossen, ein eigenes, humanitäres Programm für den Norden der Insel zu starten. Ziel des Projekts „Proti Stassi" („Erste Station") ist es, für die Flüchtlinge, die im Bereich der Stadt Molyvos die Küste erreichen, eine Erstversorgung zu gewährleisten und – nach Möglichkeit – für die geordnete Weiterreise zu sorgen.

Quelle: http://www.borderline-europe.de 12-201 ■

Protest gegen nächtliche Sammelabschiebung

ERFURT. In der Nacht vom 15.12. zum 16.12. protestierten in Erfurt zwischen 4 Uhr und 5:30 Uhr etwa 20 Menschen in der Magdeburger Allee gegen eine weitere Sammelabschiebung aus Thüringen. Erneut wurden mehrere Familien nach Serbien und Kroatien abgeschoben. Die Protestierenden versuchten durch eine Sitzblockade die Abfahrt eines Polizeifahrzeugs zu verhindern. Darin befand sich eine Familie, die nach Serbien abgeschoben werden sollte.

Der Blockade scheiterte, da sie von den anwesenden Polizist*innen gewaltsam aufgelöst wurde. Somit konnte die Abschiebung nicht verhindert werden, jedoch zeigten die Protestierenden ihre Wut und Kritik an Abschiebungen mittels Sprechchören und Transparenten. Insbesondere forderten sie ein Bleiberecht für geflüchtete Rrom*nja.

Über 90% der Geflüchteten aus den sog. „sicheren Herkunftsstaaten" in Südosteuropa gehören der Minderheit der Rrom*nja an. Sie werden dort massiv diskriminiert, was jedoch vom deutschen Staat nicht als Fluchtgrund anerkannt wird. Obwohl Rrom*nja in diesen Ländern in ihrer Existenz bedroht sind, wurden sie auch heute wieder von der deutschen Polizei gewaltsam dorthin zurück gebracht.

Die Polizei ging teilweise sehr rabiat gegen die Menschen in der Sitzblockade vor. Mehrere Protestierende wurden leicht verletzt.

Quelle: Pressemitteilung thevoicerefugeeforum@riseup.net 16.12.2015 ■

Aktuelle Zahlen zur „Freiwilligen Rückkehr" und zu Abschiebungen

Am 9.12.2015 veröffentlichte der MEDIENDIENST Integration eine aufschlussreiche Statistik, die auf die Frage eingeht, wie viele Menschen Deutschland freiwillig verlassen, nachdem ihr Asylantrag abgelehnt wurde.

Die Erkenntnis, dass in 2015 rund 17 000 Menschen abgeschoben wurden (in Niedersachsen 798), während 35 000 unter Anspruchnahme von Rückkehrprogrammen das Land „freiwillig" verließen (in Niedersachsen 2841) mag viele überraschen, aber zeigt, dass viele Flüchtlinge unter dem Druck der Verhältnisse lieber „freiwillig" gehen, als sich abschieben zu lassen.

Wie Peter Altmaier (CDU) in der „Neue Osnabrücker Zeitung" (NOZ) ausführt, lag die Zahl der abgelehnten Asylbewerber_innen, die im Laufe des Jahres 2015 in die Heimat zurückgekehrt sind, bis November bei mehr als 50 000 Menschen (Artikel Neue Osnabrücker Zeitung). Der neben der Statistik von MEDIENTDIESNT (http://mediendienst-integration.de) veröffentlichte Artikel stellt jedoch klar, dass viele abgelehnte Asylbewerber_innen aufgrund von Problemen bei der Beschaffung von Reisedokumenten oder wegen Vorliegen von Krankheit Deutschland nicht verlassen können. Diese Menschen, die aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben nicht abreisen können und deren Zahl 2014 laut Bundesregierung etwa 113 000 betrug, müssen sich also oft für eine zu lange Zeit mit einem Geduldeten-Status abfinden.

Quelle: http://www.nds-fluerat.org 16.12.2014 ■

Falsche Syrer": Bundesregierung redet sich raus

„Nachdem nun schwarz auf weiß feststeht, dass die Behauptungen des Bundesinnenministers zu den angeblich 30 Prozent ‚falschen Syrern' schlichtweg falsch sind, versucht sich die Bundesregierung herauszuwinden. Da werden haltlose Verdächtigungen schöngeredet, anstatt sich einfach mal öffentlich zu entschuldigen", kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (BT-Drs. 18/6825). Jelpke weiter:

„Die Bundesregierung gibt nun endlich zu, dass zur Frage von Fälschungen oder Manipulationen bei Identitätsdokumenten von Flüchtlingen keinerlei valide Zahlen vorliegen. Auch eine fundierte Schätzung hierzu sei nicht möglich. Auf einmal sollen de Maizières Behauptungen nur als ‚Hinweis auf eine mögliche Dimension des bestehenden Dunkelfeldes' zu deuten sein. Statt in seine Glaskugel zu schauen und plumpe Agitation zur Diffamierung von Schutzsuchenden zu betreiben, sollte der Bundesinnenminister sich lieber mit den Fakten und der Realität auseinandersetzen. Tatsächlich werden nur acht Prozent der syrischen Dokumente in irgendeiner Form „beanstandet", was im Übrigen nicht gleichzusetzen ist mit einer Täuschung über die Nationalität. Dieser Wert entspricht exakt dem Durchschnittswert in Bezug auf alle Herkunftsstaaten und spiegelt offenbar flüchtlingstypische Realitäten wider. Selbst die Bundespolizei gibt an, dass die Mehrzahl der beanstandeten Dokumente tatsächlich durch syrische Migranten und nicht von Angehörigen anderer Nationen genutzt werden."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 14.12.2015 ■

Deutlich mehr Abschiebungen per Flugzeug

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden dem Bundespolizeipräsidium zufolge knapp 15 000 Menschen abgeschoben. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Verdopplung. An der Spitze der Bundesländer mit den meisten Abschiebungen liegt das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen.

Deutlich mehr Menschen ohne Bleiberecht sind in diesem Jahr per Flugzeug aus Deutschland abgeschoben worden als im Vorjahr. Von Januar bis Ende Oktober wurden 14 875 Menschen zurückgeflogen, wie das Bundespolizeipräsidium in Potsdam dem Evangelischen Pressedienst mitteilte. Im gesamten Jahr 2014 waren es 8557 Menschen. Abgebrochen werden musste in diesem Jahr die Abschiebung von 514 Personen (3,5 Prozent) auf allen deutschen Flughäfen.

Am größten deutschen Flughafen in Frankfurt am Main war die Steigerung wesentlich geringer. Dort wurden von Januar bis Oktober 3087 Menschen abgeschoben gegenüber 2747 im vergangenen Jahr. Viele Überstellungen in andere EU-Staaten aufgrund der Dublin-Verordnung, insbesondere von Syrern, seien während des Jahres storniert worden, sagte die ehemalige Abschiebungsbeobachterin der Kirchen in Frankfurt, Diana Nuñez. Sammelabschiebungen per Charterflugzeugen habe es im Herbst vor allem nach Albanien und ins Kosovo gegeben.

NRW mit den meisten Abschiebungen

Dagegen erwartet die Abschiebungsbeobachterin der Diakonie, Dalia Höhne, für den Flughafen Düsseldorf einen starken Anstieg der Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber. Bis Ende des Jahres rechne sie mit rund 5000 sogenannten Rückführungen gegenüber 2000 im Vorjahr. Derzeit flögen ein- bis zweimal in der Woche Chartermaschinen Gruppen in die Herkunftsländer. Hinzu kämen Einzelabschiebungen mit Linienflügen.

Tatsächlich hat Nordrhein-Westfalen in den ersten zehn Monaten dieses Jahres so viele abgelehnte Asylbewerber abgeschoben wie kein anderes Bundesland. Mit 3293 Rückführungen bis Ende Oktober 2015 habe man bundesweit die meisten Abschiebungen vorgenommen, teilte das Düsseldorfer Innenministerium mit. Im gesamten Vorjahr waren es noch insgesamt 2929 gewesen.

„In NRW schieben wir konsequent ab", sagte Innenminister Ralf Jäger (SPD). Die meisten abgelehnten Asylbewerber reisten nach Beratung durch die Ausländerbehörden freiwillig aus. So kehrten bis Ende November 2015 insgesamt 6.916 Menschen mit Unterstützung durch die Internationale Organisation für Migration freiwillig in ihre Heimat zurück. Im Vorjahr waren es noch 3570.

Quelle: http://www.migazin.de 10.12.2015 ■

EU: Aufbau neuer Grenzschutz-Agentur

1,5 Millionen Flüchtlinge sind in diesem Jahr in die Europäische Union eingereist. Die EU-Kommission will deshalb die Grenzen stärker überwachen und dafür eine neue Organisation gründen.

Die Europäische Union will angesichts des Flüchtlingsandrangs den Grenzschutz deutlich verstärken und dafür eine neue Agentur aufbauen. Der Vize-Präsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, präsentierte dem EU-Parlament in Straßburg am Dienstag Pläne für eine Europäische Grenz- und Küstenwache. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) begrüßte das Vorhaben. Damit würden „Lehren aus den Defiziten der Vergangenheit" gezogen. EU-Angaben zufolge erreichte die Zahl der illegalen Grenzübertritte in diesem Jahr einen Rekord von rund 1,5 Millionen.

Die EU-Kommission schlägt weitreichende Maßnahmen vor: Die bisherige Agentur Frontex soll verstärkt und zu einer neuen Europäischen Grenz- und Küstenwache umgebaut werden. Als Herzstück ist eine Bereitschaftstruppe mit 1500 Mitarbeitern vorgesehen. In einem Lagezentrum soll die Situation an den Außengrenzen überwacht werden.

Bisher konnte Frontex nur eingreifen, wenn ein Mitgliedsstaat darum bat. Die Teams der neuen Organisation sollen dagegen auch gegen den Willen der betroffenen Länder entsandt werden, wenn diese ihre Grenzen nicht schützen können oder wollen.

Außerdem kämpft Frontex bislang mit einer Knappheit an Material und Personal, weil die Behörde auf die Unterstützung der Mitgliedsstaaten angewiesen ist. Die Europäische Grenz- und Küstenwache soll eigene Mitarbeiter haben – doppelt so viele wie Frontex. Innerhalb der Organisation soll es außerdem ein Amt für Rückführungen geben, das beispielsweise Flüge für abgelehnte Asylbewerber organisiert.

Die EU-Kommission bezeichnete die Maßnahmen als dringend notwendig. „Was als Problem an unseren Außengrenzen anfing, stellt letztendlich das ganze Schengen-System infrage", sagte Vize-Kommissionspräsident Timmermans in Straßburg. Wegen der Reisefreiheit ohne Grenzkontrollen innerhalb Europas sei die Überwachung der Außengrenzen umso wichtiger. „Kontrollen sind wesentlich für unsere Sicherheit."

Nach Angaben der EU sind etwa 5000 Europäer in Konfliktgebiete gereist, um sich Terrorgruppen wie dem „Islamischen Staat" anzuschließen. Nach ihrer Rückkehr seien manche von ihnen an Anschlägen beteiligt gewesen. Im Zuge der Gründung einer neuen Grenz- und Küstenwache sollen deshalb auch die Passkontrollen verschärft werden. So ist geplant, bei jeder Ausreise automatisch die Daten der Reisenden mit verschiedenen Datenbanken abzugleichen – beispielsweise um zu überprüfen, ob ein Pass als gestohlen gemeldet wurde.

Quelle: http://linkezeitung.de

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex teilte unterdessen in Warschau mit, die Zahl der ankommenden Flüchtlinge in Griechenland und Italien sei im November im Vergleich zu den Vormonaten zwar deutlich zurückgegangen; insgesamt seien aber allein in Griechenland bis Dezember 16 Mal mehr Menschen angekommen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Durch die Weiterreise der Flüchtlinge über den Balkan stieg die Zahl illegaler Grenzübertritte in dieser Region zwischen Januar und November auf 667 000. Frontex wies jedoch darauf hin, dass einige Menschen mehrfach gezählt werden – beispielsweise wenn sie zunächst nach Griechenland einreisen, dann die EU auf dem Weg nach Norden wieder verlassen und später über Ungarn oder Kroatien erneut EU-Territorium betreten.

Quelle: http://www.migazin.de 17.12.2015 ■

Pro Asyl zum EU-Gipfel:

Erosion der Menschenrechte

Anlässlich des EU-Gipfels warnt Pro Asyl die EU-Staats- und Regierungschefs vor einer Erosion der Menschenrechte. Die Pläne der EU-Kommission zum Ausbau von Frontex und zu vermehrten Abschiebungen aus den Grenzregionen zielen auf eine Aushebelung der Menschenrechte an den EU-Grenzen. Zurückweisungen an den Grenzen und Abschiebungen in Staaten wie etwa Afghanistan oder den Iran sind inakzeptabel. Pro Asyl appelliert an die Bundeskanzlerin: „Deutschland muss sein ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, es droht sonst eine Erosion der Menschenrechte" warnt Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl. „Die Bundeskanzlerin darf die Pläne der EU-Kommission zum Ausbau von Frontex nicht durchwinken."

In ihrer Regierungserklärung vor dem EU-Gipfel hat Bundeskanzlerin Merkel gesagt: „Abschottung ist im 21. Jahrhundert keine vernünftige Option".

Die Pläne der EU-Kommission sind der Freibrief für völkerrechtswidrige Zurückweisungen an den EU-Grenzen. Frontex soll den Schutz der Außengrenzen eigenmächtig in die Hand nehmen und dafür mit den entsprechenden Ressourcen und Kompetenzen ausgestattet werden. Es drohen schwere Rechtsverletzungen. Dies zeigt die Äußerung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (1), Frontex solle die Rückführung von Schiffen zu ihrem Startpunkt veranlassen. Die Grenzschutzagentur könne „dann ein Schiff dahin zurückschleppen, wo es hergekommen ist – zum Beispiel in die Türkei", so de Maizière in einem Interview am 13.12.Solche Zurückweisungen sind völkerrechtswidrig und damit ein massiver Verstoß gegen das Non-Refoulement-Gebot (Art. 33 Genfer Flüchtlingskonvention) und die Europäische Menschenrechtskonvention. Aus der Türkei gibt es bereits wenige Wochen nach dem Deal mit der EU alarmierende Berichte über Menschenrechtsverletzungen.

Fortsetzung Seite 13

Bereitet die Türkei ein Massaker an Kurden vor?

Was gerade in den kurdischen Gebieten in der Türkei vorgeht gleicht einem Kriegszustand. Die Regierung hat völlig die Kontrolle verloren. Wenn man den Erklärungen und Äußerungen der Regierung folgt, wie sie die Probleme lösen wolle, entsteht sehr schnell der Eindruck, als ob die Türkei mit einer „feindlichen Macht von Außen im Krieg wäre".

In den letzten 6 Monaten wurde mindestens 53 mal in verschiedenen Städten der Ausnahmezustand ausgerufen. Während der wochenlang andauernden Ausnahmezuständen, dürfen die Menschen manchmal 24 Stunden lang nicht ihre Häuser verlassen. Dramatisch ist auch wie die Sicherheitskräfte in diesen Gebieten vorgehen. Viele Stadtteile wurde in Schutt und Asche gelegt. Die Bilder ähneln den Bilder in Syrien. Bisher haben diese Angriffe über 1000 Menschen das Leben gekostet.

In Cizre und Silopi wird ein Generalangriff vorbereitet

In den letzten Tagen sind insbesondere die Entwicklung in Cizre und Silopi besorgniserregend. Alle Lehrer die nicht aus der Gegend stammen, wurden von der Regierung per SMS aufgefordert die Stadt zu verlassen. In den Schulen quartieren sich Spezialeinheiten ein. Das Militär brachte ungewöhnlich große Mengen Medikamente und Blutreserven in die Provinz. Der Grenzübergang Khabur wurde für 15 Tage lang geschlossen. Der Premierminister Davutoglu kündigte an, wenn es sein muss, werde man von Haus zu Haus gehen und alle „Terroristen" eliminieren. …

Trotz allem leistet das kurdische Volk Widerstand!

…Panzer walzen alles nieder was ihnen auf den Weg kommt. Häuser, Bäckereien, Läden und Cafés werden niedergebrannt. Aber, all diese Gewalt kann den Widerstand der Menschen nicht brechen. Sie gehen zu Tausenden auf die Straßen. Mit vielfältigen Protestaktionen wehren sie sich. Trotz des Risikos von den Scharfschützen erschossen zu werden gehen sie mit Tausenden ihre Toten begraben. Auf der anderen Seite versuchen sie unter diesen Umständen neue Wege zur Kinderbetreuung, Organisierung gegenseitiger Hilfe etc., zu finden und das tägliche Leben fortzuführen.

Die EU trägt Mitschuld

… Die Beitrittsgespräche sollen vorangebracht werden. Auch wenn die Gespräche ergebnisoffen geführt werden, ist es ein Signal dafür, dass sich die EU einen Dreck um die Menschenrechte in der Türkei schert. Nichts außer Heuchelei. Weil die Türkei die Geflüchteten nicht nach Europa durchlassen soll, wird sie hofiert.

Der Menschenrechtsverein (IHD) gibt in seinem Bericht für 2015 bekannt, dass in der Türkei in Jahr 2015 3377 Menschen, weil sie an Protestaktionen teilgenommen haben, in U-Haft genommen wurden. 201 von ihnen erhielten Haftstrafen. 256 Aktivitäten wurden verboten und 432 HDP-Büros wurden angegriffen. Über 30 Journalisten sind inhaftiert, sogar Richter, Staatsanwälte und Anwälte werden, wenn sie nicht nach den Vorgaben der Regierung handeln, eingeschüchtert oder wie im Falle Tahir Elci, der Vorsitzender des Anwaltsverbandes in Diyarbakir, auf offener Straße ermordet.

Deutschland und die EU müssen mit der Heuchelei aufhören und jegliche Kontakte und Gespräche mit der Türkei ruhen lassen! Die türkische Regierung muss wieder zum Verhandlungstisch zurückkehren! Die Ausnahmezustände und die Gewalt in den kurdischen Gebieten müssen aufhören!

DIDF-Bundesvorstand

Erdogans Krieg gegen die Kurden führt zur Massenflucht aus Nordkurdistan

Bürgerkriegsähnliche Zustände prägen derzeit die kurdischen Gebiete in der Türkei. Mit Panzern, Kampfhubschraubern und einem breiten Aufgebot von Soldaten, Spezialeinheiten und Polizisten schreiten türkische Sicherheitskräfte gegen die kurdische Zivilbevölkerung in mehr als 17 Ortschaften im Südosten der Türkei (Nordkurdistan), in denen eine totale Ausgangssperre verhängt worden ist, vor. Vielerorts sind die Wände von Wohnungen und anderen Gebäuden mit unzähligen Einschusslöchern versehen. Die Zahl der von türkischen Sicherheitskräften getöteten Zivilisten seit den Wahlen vom vergangenen Juni ist in den letzten Tagen auf mehr als 170 gestiegen. Jüngstes Opfer ist der Staatsgewalt ist das ungeborene Kind von Güler Yanak aus Cizre, die im siebten Monat schwanger war. Im Krankenhaus wurde festgestellt, dass eine Kugel ihr ungeborenes Kind traf.

In den letzten Wochen und Monaten wurde in 17 Ortschaften insgesamt 52 Ausgangssperren von mindestens 10 Tagen verhängt. Neben der Strom- und Wasserversorgung wurden in den meisten der betroffenen Gebiete auch die Telefon- und Internetleitungen gekappt.

Örtlichen Angaben zufolge wird mit brutalster Gewalt gegen die Zivilbevölkerung vorgegangen. Scharfschützen haben sich auf Dächern verschanzt. Die Wohngebiete sind einem willkürlichen Beschuss durch Mörsergranaten von Luft und Boden ausgesetzt. Rund 200 000 Menschen befinden sich derzeit auf der Flucht aus den angegriffenen Gebieten.

„Kein Krieg gegen die PKK, sondern gegen die Zivilbevölkerung"

Emine Ayna, Co-Vorsitzende der Demokratischen Partei der Regionen (DBP), erklärte gegenüber Civaka Azad: „Der türkische Staat führt einen gezielten Krieg gegen die kurdische Bevölkerung. Die Aussagen, es handele sich um Operationen gegen die PKK, dienen allein dazu, die Öffentlichkeit in die Irre zu führen. Erdogan nimmt Rache an den Kurden, weil sie zu einem Machtverlust der AKP führten und Erdogans Plänen einer Präsidialdiktatur im Weg stehen. Bisher wurde bei den Angriffen kein einziger Kämpfer der PKK getötet. Dagegen sind dutzende ziviler Todesopfer zu beklagen. Während es sich bei dem jüngsten Opfer um ein gerade einmal 35-Tage altes Baby handelt, wurden auch mehrere Personen ermordet, die älter als 80 Jahre alt sind. Hunderte Menschen haben zum Teil schwerste Verletzungen davongetragen."

Selbst Devlet Bahceli, der Vorsitzende der ultranationalistischen MHP, der für seine kurdenfeindlichen Äußerungen bekannt ist, sprach in der letzten Fraktionssitzung von einer ethnischen Säuberung, dessen Namen noch nicht benannt ist.

Laut von Besime Konca, Abgeordnete der Demokratischen Partei der Völker (HDP), werden in den betroffenen Gebieten die Menschen gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben: „Die türkischen Sicherheitskräfte vertreiben nicht nur die Menschen aus ihren Häusern. Diese werden ebenfalls danach von ihnen besetzt. Außerdem werden Nahrungsmittel, die von den Menschen aufgrund der drohenden Ausgangssperren in Mengen deponiert wurden, beschlagnahmt. In Silopi wurde das neben dem Strafgerichtsgebäude befindliche Hotel ebenfalls besetzt und dessen Besitzer mit Gewalt vertrieben"

„EU-Verhandlungen mit der Türkei über Flüchtlingskrise bei neuer Massenflucht aus Nordkurdistan aufgrund AKP-Kriegspolitik"

Songül Karabulut, Exekutivratsmitglied des Kurdistan Nationalkongress (KNK) appelliert indessen an die deutsche und europäische Öffentlichkeit: „Während die EU mit der Türkei darüber debattiert, wie der Flüchtlingsstrom nach Europa

→

„Schnelle Eingreiftruppen“: Abschiebungen durch Frontex

Darüber hinaus sollen Abschiebungen von abgelehnten Asylsuchenden vorangetrieben werden. Im am 15.12. veröffentlichten Fortschrittsbericht der Kommission zur Implementierung des Hotspot in Griechenland fordert die Kommission Griechenland sogar explizit auf, den Fokus auf Rückführungen von Schutzsuchenden aus Pakistan, dem Iran und Bangladesch zu legen. Selbst in das von Gewalt erschütterte Afghanistan sollen Flüchtlinge abgeschoben werden. Schutzsuchende aus diesen Staaten werden in Deutschland in hohem Maße als schutzbedürftig anerkannt. Die bereinigte Schutzquote betrug im 1. Halbjahr 2015: Afghanistan 76,3%

- Iran 86,9%
- Pakistan 21,7%
- Bangladesch 22,0 %.

Frontex soll in Europas Abschiebemaschinerie künftig eine noch entscheidendere Rolle spielen. Dem Verordnungs-Vorschlag der Kommission zufolge soll ein Rückführungsbüro bei der Agentur angesiedelt werden. Auch sogenannte „Schnelle Eingreiftruppen für Rückführungen sind vorgesehen“. (Art. 31).

Der Ausbau von Frontex zu einer europäischen Agentur für Grenz- und Küstenschutz mit supranationalen Interventionsrechten wird den europäischen Flüchtlingsschutz massiv aushöhlen.

Externalisierung von Grenzkontrollen

Die europäischen Architekten der Festung Europa entwerfen neue Abwehrszenarien. Die Verordnung sieht auch eine engere Kooperation der Agentur mit sogenannten „Drittländern“ vor. Die Auslagerung von Grenzkontrollen in Transit- und Herkunftsländer soll nun durch die Entsendung von Verbindungsbeamten und der Organisation gemeinsamer Einsätze mit „Drittländern“ – auch in deren Hoheitsgebiet – weiter forciert werden. (Art. 53)

Quelle: Presseerklärung Pro Asyl 17.12.2015 ■

Datenaustausch beschleunigt Asylverfahren nicht

Das geplante Gesetz zum intensiveren Datenaustausch der Asyl- und Ausländerbehörden wird nach Einschätzung von Pro Asyl die Asylverfahren nicht beschleunigen. Vielmehr würden Entscheidungen getroffen, die die Verfahren in Länge ziehen.

Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl ist skeptisch, ob das geplante Gesetz zum intensiveren Datenaustausch der Asyl- und Ausländerbehörden schnellere Verfahren ermöglicht. Es sei nachvollziehbar, dass nicht mehr Bundespolizei, Landesaufnahmestellen und Bundesbehörden jeweils eine Akte über jeden einzelnen Flüchtling anlegen sollen und damit Doppelarbeit machten, sagte Geschäftsführer Günter Burkhardt dem Evangelischen Pressedienst. Dennoch fehle eine politische Vorgabe darüber, wie Verfahren tatsächlich beschleunigt werden können, kritisierte er und ergänzte: „Die Hauptbremse für schnellere Verfahren ist der Bundesinnenminister.“

Burkhardt verwies auf die Entscheidung der Innenminister von Bund und Ländern, bei syrischen Flüchtlingen wieder jeden Einzelfall vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge prüfen zu lassen. „Das zieht Verfahren in die Länge“, sagte er. Die Rückkehr der Dublin-Regel für Syrer, wonach sie in dem Land Asyl beantragen müssen, über das sie eingereist sind, führe außerdem zu bürokratischem Mehraufwand. „Das bedeutet, dass fünfmonatige Verfahren zur Überstellung nach Kroatien oder Ungarn geführt werden – ohne Ergebnis, weil diese Länder die Menschen nicht zurücknehmen“, erklärte er. Zudem forderte er eine Altfallregelung, um das Bundesamt vom Antragsstau zu befreien.

Ein technisches Gesetz über den besseren Datenaustausch werde nicht zu einer Beschleunigung führen, vermutet der Pro-Asyl-Geschäftsführer. Das Bundeskabinett hat sich am Mittwochvormittag mit der Gesetzesvorlage von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) befasst. Nach seinen Plänen sollen die Daten von Flüchtlingen über ein Kerndatensystem künftig besser zwischen den verschiedenen Behörden, der Polizei und auch der Bundesagentur für Arbeit vernetzt werden. Ein erklärtes Ziel des Gesetzes ist die Beschleunigung der Asylverfahren, indem etwa Mehrfacherfassungen durch verschiedene Stellen vermieden werden.

Burkhardt äußerte zu dem Gesetzesvorhaben auch datenschutzrechtliche Bedenken. „Der Datenfluss zwischen den Behörden ruft Unbehagen hervor“, sagte Burkhardt. Dieser dürfe nicht „uferlos“ werden. „Ich sehe die Tendenz, dem Datenschutz keinen großen Stellenwert mehr einzuräumen“, sagte er.

Quelle: http://www.migazin.de 10.12.2015 ■

Bleiberecht für Opfer von rassistischer Gewalt

ALTENBURG. In Altenburg gab es in der Nacht zum 7. Dezember 2015 einen weiteren Brandanschlag auf ein bewohntes Haus. Der mittlerweile siebte Brandanschlag in diesem Jahr in Thüringen* erreicht eine erschreckende Dimension der Gewalt. Billigend wird der Tod von Menschen in Kauf genommen. Insgesamt wurden 10 Menschen verletzt, darunter ein Säugling. Der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. verurteilt die zunehmende rassistische Gewalt im Freistaat aufs Schärfste. „Der Verein fordert von Landesregierung, Polizei und Behörden eine konsequente Strafverfolgung sowie ein Bleiberecht für die in Altenburg betroffenen Flüchtlinge“, so Martin M. Arnold vom Flüchtlingsrat Thüringen. „Den Tätern muss auch auf diesem Weg gezeigt werden, dass sie keinen Erfolgt haben werden, Schutzsuchende zu gefährden.“

„BewohnerInnen von Flüchtlingsunterkünften können vielerorts nicht mehr ruhig schlafen. Solche Anschläge zielen auf das Leben von Schutzsuchenden ab. Bei derart vielen Anschlägen und Übergriffen in diesem Jahr muss man von rassistischem Terror sprechen“, so Martin M. Arnold weiter.

Die Opfer des jüngsten Brandanschlages sollen Berichten zu Folge in andere Unterkünfte umverteilt werden. Der Flüchtlingsrat kritisiert, dass eine Umverteilung allein kein entschlossenes Handeln aller Verantwortlichen zeigt. Wie auch nach dem Brandanschlag in Friemar fordert der Verein die Landesregierung und beteiligten Behörden auf, den betroffenen Menschen unverzüglich ein Bleiberecht zu gewähren.

Auch der bundesweite „Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ fordert ein sofortiges Bleiberecht für die Opfer derartiger Gewalttaten. „Es ist nun endgültig an der Zeit, umfassende Maßnahmen zum Schutz der Geflüchteten einzuleiten. Vor allem ist das entschlossene Handeln von Landesregierung, Behörden und Polizei gefragt. Die Solidarität der Zivilgesellschaft mit den Geflüchteten ist zentral, um rassistische Tendenzen zurückzudrängen. Wir müssen zeigen, dass dieser klare rassistische Terror nicht akzeptiert wird.“ so Arnold.

Bereits im Juli forderte die Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl die Umsetzung mehrerer Präventionsmaßnahmen.

---

gestoppt werden kann, befinden sich gerade über 200 000 Menschen in den kurdischen Gebieten der Türkei auf der Massenflucht. In den 1990er Jahren wurden Dörfer verbrannt und entvölkert. Nun wird dieselbe Kampfplanung dieses Mal auf ganze Stadtteile übertragen. Erdogan führt einen Rachefeldzug gegen die Kurden, die sowohl für seine Diktaturbestrebungen im Inland als auch seine Expansionsambitionen im Ausland ein Hindernis darstellen. Die Bundesregierung und die EU müssen Druck auf die Türkei ausüben, damit sie diesen Krieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung beenden. JournalistInnen und Menschenrechter müssten schleunigst in die betroffenen Gebiete reisen. Nur durch das Einschreiten der Politik kann ein größeres Massaker verhindert werden.“

Pressemitteilung von Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V., 21.12.2015

Die Polizei ist demnach angehalten, lokale Gefährdungsanalysen zu erstellen und gezielt Gebiete stärker zu bestreifen. Darüber hinaus ist eine konsequente Strafverfolgung und die Intensivierung der Ermittlungen notwendig. Auch müssen endlich die bedrohlichen Versammlungen rechtsextremer und rassistischer Menschen im Umfeld von Unterkünften konsequent unterbunden werden. Martin M. Arnold dazu: „Es ist doch bezeichnend, dass am Tag zuvor Thügida in Altenburg aufmarschierte und gezielt Hetze gegen Flüchtlinge platzierte."

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-thr.de 8.12.2015 ■

Willkommensinitiative muss draußen bleiben

Celle-Scheuen. Seit dem 1. Oktober hat die „Willkommensinitiative" des „Arbeitskreis Ausländer" einmal in der Woche im Notaufnahmelager Celle-Scheuen Flüchtlinge ehrenamtlich zu Fragen des Asylverfahrens informiert. Damit ist jetzt Schluss. Mitten während der Infostandes am vergangenen Mittwoch forderte der Leiter der von den Maltesern betriebenen Einrichtung das sechsköpfige Team auf, das Gelände sofort zu verlassen. Er habe sich bei ihr für die geleistete Arbeit bedankt, sei aber – so die Sprecherin der Gruppe, Cornelia Döllermann-Nölting – eine Begründung für den Rausschmiss schuldig geblieben. Die engagierte Arbeit der Initiative sei bei den Geflüchteten sehr gut angekommen: „In der Regel hatten wir Dolmetscherinnen für Arabisch, Albanisch und Farsi dabei und haben so oder in Englisch dem größten Teil der Geflüchteten im Lager das deutsche Asylverfahren erläutern können. Wir haben darüber hinaus vielsprachige Info-Broschüren des Informationsverbundes Migration & Asyl verteilt, der unter anderem getragen wird von AWO, Caritas, Paritätischem und Diakonie. Insbesondere haben wir jedes Mal über die Gründe der aktuellen Verfahrensverzögerungen und den damit verbundenen Implikationen für die geflüchteten Menschen informieren müssen."

Den eigentlichen Grund für die Aussperrung vermutet die Sprecherin allerdings in dem Engagement der Gruppe für die Verbesserung der Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge: „Zu unserem Info-Stand kam ziemlich schnell und dann immer wieder eine große Gruppe afghanischer Kinder und Jugendlicher, die ohne Eltern im Lager waren. Wir haben das zuständige Jugendamt der Stadt Celle aufgefordert, diese Jugendlichen schnell herauszuholen und kind- bzw. jugendgerecht unterzubringen. Erst dieser Tage sind zwei weitere 15-Jährige in eine stationäre Betreuung überwiesen worden, die seit Wochen in der für unbegleitete Kinder nicht zulässigen Lagersituation leben mussten." Der niedersächsische Flüchtlingsrat hatte in diesem Zusammenhang der Stadt Celle die Missachtung von Kinderrechten vorgeworfen.

Aus Sicht der Gruppe müsste die allgemeine Asylverfahrensberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen ein genauso selbstverständlicher Bestandteil sein wie die medizinische oder sozialpädagogische Betreuung. Die Verhängung eines Maulkorbs für diesen Teil einer Willkommenskultur ist nach Auffassung von Döllermann-Nölting skandalös: „Die Geflüchteten sind verunsichert und haben kaum Kenntnisse über die Institutionen und das Asylantrags-Verfahren. Die Malteser betreiben die Einrichtung im Auftrag und auf Kosten des Landes Niedersachsen. Es würde mich schon interessieren, wie das Innenministerium diesen Vorgang bewertet. Will man auch dort der Beratung von Geflüchteten einen Riegel vorschieben? Wir finden das völlig inakzeptabel und erwarten eine Rücknahme der Entscheidung sowie ein verstärktes Engagement des Landes hinsichtlich der Transparenz der Auftragsvergabe sowie des ordnungsgemäßen Betriebes von Lagern wie in Scheuen."

Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Niedersachsen 17.12.2015 ■

Amnesty attestiert EU unsolidarisches Verhalten

Amnesty International rüffelt die internationale Gemeinschaft in der Flüchtlingskrise. „Stoppt die Menschenrechtsverletzungen in den Herkunftsländern, dann gibt es auch keine Fluchtgründe", fordert die Organisation.

Amnesty International hat der Europäischen Union (EU) in der Flüchtlingskrise ein extrem unsolidarisches Verhalten attestiert. Die nationalen Egoismen einzelner Länder seien erschreckend, sagte die Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, Selmin Çalışkan, am Mittwoch in Berlin. Die Migration von Flüchtlingen sei eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre. Versuche, sich dagegen abzuschotten, brächten nichts, betonte Çalışkan: „Die Menschen werden sich nicht aufhalten lassen."

Völlig absurd sei in dem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit zweifelhaften Herkunfts- und Transitländern wie Eritrea, Ägypten und dem Sudan, die selbst mit ständigen Menschenrechtsverletzungen Ursachen für Flucht und Migration schaffen. So habe beispielweise Eritrea einen lebenslänglichen Militärdienst, auf dessen Verweigerung Haft, Folter und Tod stehen.

Amnesty ruft zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember dazu auf, die Fluchtursachen weltweit gemeinsam zu bekämpfen. Dazu gehöre auch, Menschenrechte zur internationalen Norm von Politik zu machen. Wo Menschen nicht um ihr Leben fürchten müssen, gingen sie auch nicht weg, betonte Çalışkan; „Die sogenannte Flüchtlingskrise ist in Wahrheit eine Krise der internationalen Solidarität und Verantwortung." Besonders deutlich zeige sich das Versagen der internationalen Gemeinschaft im Syrien-Konflikt.

Der Libanon, die Türkei, Jordanien, der Irak und Ägypten, die mit insgesamt vier Millionen Flüchtlingen aus Syrien immer noch die Hauptlast tragen, würden von der internationalen Gemeinschaft weitgehend damit allein gelassen, kritisierte die Amnesty-Expertin für Flucht und Migration, Khairunissa Dhala. Doch diese Länder stießen mittlerweile an ihre Belastungsgrenze. Von dem benötigten Geld für die Versorgung der Flüchtlinge habe die UN bislang nur die Hälfte erhalten. Zu den säumigen Zahlern zählten neben vielen westlichen Ländern auch die Golfstaaten.

„Das UN-Welternährungsprogramm musste die Mittel deshalb für Flüchtlinge in Jordanien drastisch von 14 auf 7 Dollar pro Kopf und Monat kürzen", beklagte Dhala. Das entspreche einem Betrag von 20 US-Cent pro Flüchtling und Tag.

Auch in den anderen Ländern sehe es nicht besser aus. Sieben von zehn Flüchtlingen in Libanon lebten mittlerweile in extremer Armut. 50 Prozent der Flüchtlingskinder gingen nicht mehr zur Schule, die Zahl der Zwangsverheiratungen von minderjährigen Mädchen steige kontinuierlich. Nach Einschätzung der UN müssten 400 000 Flüchtlinge nach Europa, Nord- und Südamerika oder Australien oder Japan umgesiedelt werden, um die Situation in der Region zu entlasten, sagte Dhala.

Für Deutschland befürchtet Amnesty neue Härten für Schutzsuchende durch das sogenannte Asylpaket II. Insbesondere die geplanten Schnellverfahren würden unfairen Abläufen Tür und Tor öffnen, warnte Çalışkan. Das Asylrecht kenne aber keine Obergrenzen, Einschränkungen oder Diskriminierungen von Flüchtlingen nach Herkunftsstaaten.

Quelle: http://www.migazin.de 10.12.2015 ■

„Ein einmaliges Lehrstück fürs Leben“

Der Sohn Arno Klarsfeld schreibt zu Beginn: „Diese Memoiren sind ein Abenteuerbuch, ein Kriminalroman, die Schilderung einer juristischen Schlacht, ein Kurs in staatsbürgerlicher Bildung, ein Leitfaden für Kämpfer, ein historisches Epos, eine prickelnde und dauerhafte Liebesgeschichte, ein einmaliges Lehrstück fürs Leben.“ Das Buch ist auch die Geschichte, die mit der Ohrfeige für den damaligen Bundeskanzler Kiesinger begann und mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse in der deutschen Botschaft in Paris endet. Die Botschaft in Paris war ein Ort, wo Gestapo und SS die Erfassung und den Abtransport der französischen Juden organisierten, wo Täter wie der vorherige Kölner Gestapo-Chef Lischka ihre verbrecherische Arbeit erledigten. Das Ende macht damit deutlich, dass der Anfang nicht vergebens war. Die Klarsfelds haben in jahrzehntelanger Arbeit die Aufspürung von NS-Täter wie Brunner, Barbie und Waldheim betrieben und dabei viel erreicht. Für Köln war besonders bedeutsam die Aufspürung von Kurt Lischka, dem vormaligen der Gestapo-Chef in Köln. Spannend ist die Aufspürung von Lischka in Köln-Holweide im Jahr 1971 und der Versuch ihn zunächst mit den Dokumenten zu konfrontieren und dann später zu entführen, um ihn in Frankreich vor Gericht zu bringen. Ein Versuch, der dazu führt, dass Beate in die JVA Ossendorf kommt. Dennoch gelingt es dann schließlich 1979, das Verfahren gegen Lischka in Köln zu eröffnen: ein Verfahren, in dem die Angeklagten von Anfang bis Ende teilnehmen mussten und das mit einer Verurteilung endete. Dies wurde im Jahr 2006 im Kölner NS-DOK in einer Sonderausstellung gezeigt und gewürdigt.

Dass die Arbeit von Beate und Serge Klarsfeld nicht nur aus spektakulären Aktionen besteht, sondern mühevolle historische Forschungsarbeit in Archiven voraussetzt, macht den Umfang und den dokumentarischen Teil des Buches aus.

Es liest sich dadurch tatsächlich fast wie ein Krimi, besonders im Zusammenhang mit der Aufspürung von Klaus Barbie in Bolivien. Wie kam es dazu? Beate, 1939 in Berlin geboren, kam als Au-pair-Mädchen in den 60er Jahren nach Paris und lernte Serge kennen, der 1935 in Bukarest geboren, Verfolgung erlitten hatte: Sein Vater wurde deportiert und in Auschwitz ermordet. Daraus und aus einem starken Empfinden für Gerechtigkeit speist sich die unermüdliche Kraft zu forschen und zu veröffentlichen.

Sie sind im Kontext der 68-er Zeit zu sehen, was auch in einigen im Buch geschilderten Begegnungen deutlich wird. Aber andererseits sind sie nie an eine bestimmte politische Richtung gebunden, sondern haben konsequent ihre selbst gestellte Aufgabe verfolgt. Dies ist zwar eine stellenweise konspirative Tätigkeit, die aber immer im Bestreben war, alles zu veröffentlichen und das Bewusstsein gegen das Vergessen hochzuhalten.

Das Buch ist von beiden abwechselnd geschrieben, ist sehr genau gegliedert und mit einem Personenregister versehen: es kann fast wie ein Nachschlagewerk benutzt werden. Dies rechtfertigt den Umfang des Buches. Es ist deshalb mehr als ein Erinnerungsbuch, es geht nicht, wie Serge schreibt, um persönliche Gemütsverfassung, sondern darum etwas weiterzugeben und die Erinnerung wach zu halten. Das ist ihnen vortrefflich gelungen.

Martin Sölle
Aus Newsletter EL-DE-Haus Verein Köln, Dezember 2015

Beate Klarsfeld, Serge Klarsfeld: Erinnerungen
Übersetzt von Helmut Reuter, Anna Schade, Andrea Stephani
624 Seiten, mit zahlreichen Fotos.
Gebunden mit Schutzumschlag,
28,00 Euro, ISBN: 978-3-492-05707-3, Piper Verlag

Neu erschienen: ZAG_70 „POSTKOLONIALE SPURENLESE“

Die ZAG liest Spuren und dann auch noch postkoloniale? Was genau dieser anstrengend akademische Begriff und die ihm zugeordneten Hinterlassenschaften der deutschen Geschichte sein sollen, wird in der neuesten Ausgabe der ZAG erkundet.

Dabei handelt es sich um keine „Erkundung“ wie sie die deutschen „Forscher“, „Afrikareisenden“ und „Anthropologen“ zur Befriedigung ihrer sozialdarwinistischen, paternalistischen, rassistischen und exotistischen Bedürfnisse an den kolonialen „Objekten“ in Afrika, im pazifischen Raum und in China vornahmen, sondern um eine möglichst breite Problematisierung dieser menschenfeindlichen Kolonialpolitik des Deutschen Kaiserreichs, deren Wurzeln bis heute tief in die aktuellen und verheerenden Rassismen unserer derzeitigen gesellschaftlichen Stimmungslage reichen.

Wir setzen uns dabei in der aktuellen Ausgabe vor allem mit den Projekten mehrerer engagierter, zivilgesellschaftlicher Gruppen und deren postkolonialem Anliegen einer Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte und ihrer weitreichenden Folgen bis in unsere Gegenwart auseinander - eine Gegenwart, die in Zukunft eines nicht mehr sein soll: rassistisch!

Ihr findet uns entweder über http://www.zag-berlin.de/antirassismus/abo/abo.html oder im ungewöhnlich gut sortiertem Buchhandel unter
ISSN: 2192-6719

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides – Förderverein Antifaschistische Nachrichten ; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Merkel: „Nützliche Idiotin Washingtons“

Ganz und gar nicht zu Weihnachten passend ist das Titelbild der Dezemberausgabe von ZUERST! Fast ganz in Blau gehalten. Die beiden Hände mit ihren rautenförmig aneinandergelegten Fingern ziehen allerdings sofort die Blicke auf sich und signalisieren, dass es sich bei der abgebildeten Person, von der lediglich Brust und Bauch zu sehen sind, um die Bundeskanzlerin handelt. Dazu fragt die grellgelbe Überschrift „Was will die rot-grüne Kanzlerin?“.

Antwort gibt der Untertitel des mit der gleichen Frage überschriebenen Titelbeitrages von BERNHARD RADTKE, CARSTEN FROMM und STEVE LEROD: „Angela Merkel plant offenbar, als ‚Kanzlerin des Untergangs‘ in die Geschichtsbücher einzugehen“. Nachdem in den letzten Ausgaben das Thema der massenhaften Migration in die Bundesrepublik seltsamerweise keinen prominenten Platz einnahm, wird jetzt nicht gekleckert sondern geklotzt: „Teile des Landes werden zur Vorbürgerkriegszone, andere wohl bald zur permanenten Bürgerkriegszone“. Diese Behauptung geht zwar meilenweit an der Realität vorbei, entspricht aber offenbar den Gefühlen der Bürger(inne)n, deren gesamtes Denken aus Ressentiments und Vorurteilen besteht.

Aber es geht nicht nur um die Flüchtlingspolitik, die nur als Aufhänger dient, es geht um die prinzipielle Ausrichtung der CDU-Politik: „Doch nicht nur die Migrationspolitik verärgert auch langjährige Unionsmitglieder. Überhaupt: Abschaffung der Wehrpflicht, Atomausstieg, Gender Mainstreaming, Multikulti – in so gut wie jedem Politikfeld betreibt die CDU-Kanzlerin mittlerweile rot-grüne Politik. Die Politik der offenen Grenzen ist daher für viele Christdemokraten der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringt“.

Für diese angebliche „Politik der offenen Grenzen“ sehen die Autoren verschiedene Ursachen. Da geht es einmal um pure Machtpolitik: „Bereits im Januar 2010 hatte der CDU-Bundesvorstand den Beschluß gefaßt, sich künftig stärker um Mitstreiter mit Migrationshintergrund bemühen zu wollen. Klar, daßman denen aber auch etwas bieten muß, wenn das gelingen soll… Am ehesten plausibel scheint zu sein, daß sich die Kanzlerin irgendwelche Vorteile für sich selbst oder ihre Partei erhofft, wenn sie sich selbst an die Spitze der Einwanderungslobby stellt“.

Zum zweiten sehen die Verfasser des Beitrages wirtschaftliche Interessen: „Überdies liegt eine Pro-Einwanderungs-Orientierung ja auch im Interesse der Wirtschaft, der die CDU immer schon eng verbunden war“. Den in diesem Zusammenhang benötigten Schuss Sozialdemagogie liefert eine Freundin aus dem Ausland: „Auch die französische Politikerin Marine Le Pen vom rechten Front National (FN) spart nicht mit Kritik an Angela Merkel. Wörtlich sagte die FN-Chefin: ‚Deutschland denkt wahrscheinlich, dass seine Bevölkerung dahinsiecht. Es zielt wohl auf niedrigere Löhne ab und rekrutiert durch massenhafte Einwanderung weiter Sklaven‘“. Allerdings haben niedrige Löhne direkt gar nichts mit Einwanderung, also einem Überangebot an Arbeitskräften zu tun, sondern erstmal mit der Stärke der Gewerkschaften als Organisation derer, die auf ihre Löhne und Gehälter angewiesen sind. Es geht der französischen wie der deutschen Rechten in erster Linie darum, Menschen, die gleiche Interessen haben, beispielsweise an guten Löhnen, gegeneinander auszuspielen und so deren Kampf- und Organisationskraft zu schwächen.

Der Hauptgrund allerdings liegt für ZUERST! in den Interessen der USA. Als Belege für diese, abstrus erscheinende These, werden vor allem US-amerikanische Zeugen benannt: „Thomas P. M. Barnett, Militärstratege des Pentagon und amerikanischer Vordenker schreibt in seinem Buch Blueprint for Action: ‚Das Endziel ist die Gleichschaltung aller Länder der Erde‘. Und das sei am besten durch forcierte Einwanderungsbewegungen nach Europa zu bewerkstelligen. ‚Hierfür sollen in Europa jährlich 1,5 Millionen Einwanderer aus der Dritten Welt aufgenommen werden‘, schreibt Barnett. Auch noch einen weiteren langfristigen Nutzen könnte Washington von der Masseneinwanderung nach Europa erwarten: Künftige Regierungen – egal ob rechts oder links – werden bei einem weiteren ungebremsten Zustrom von Einwanderern vor allem damit beschäftigt sein, Konflikte zwischen Migranten und Autochthonen zu schlichten und zu vermeiden. Wichtige Themen wie Souveränität, NATO-Mitgliedschaft und US-Militärpräsenz in Europa wären damit völlig vom tagespolitischen Tisch“. Allerdings werden diese Themen in Europa gar nicht massenhaft diskutiert, ein NATO-Austritt oder ein Abzug der US-Truppen steht (leider) in keinem europäischen Land zur Debatte – im Gegenteil: NATO- und US-Truppen werden im Osten Europas verstärkt.

Die These von der völligen Unterordnung der deutschen Politik unter die Interessen der USA (und damit die völlige Negation deutscher Machtpolitik vor allem in Europa) vertritt der Autor und ehemalige Mitarbeiter des US-Außenministeriums MICHAEL SPRINGMANN, der auf vier Seiten interviewt wird. Bereits der Titel des Interviews gibt die Richtung vor: „Nützliche Idiotin Washingtons“. Springmann führt u.a. aus: „Wenn in Europa Bomben explodieren und Angehörige des I.S. Terrorakte verüben, könnte Washington die ‚Lösung‘ anbieten: Die europäischen Staaten müssen sich noch mehr im Nahen Osten – auch militärisch – engagieren als ohnehin schon, um den Terror dort zu bekämpfen. Washington würde so die EU wieder enger an sich binden, was übrigens auch wiederum im Interse Israels wäre…die deutsche Politik wird von Washington dominiert…. Das zeigt wiederum nur, daß Merkels Loyalität zu Washington und Tel Aviv höhere Wichtigkeit hat als die nationalen Interessen ihres eigenen Landes“.

Um noch einmal auf die Frage der Migration zurück zu kommen: Auf die ZUERST!-Suggestivfrage „Ist es eigentlich ein Zufall, daß genau die gleichen Politiker – wie beispielsweise Bundeskanzlerin Angela Merkel – die Destabilisierung eines Staates wie Syrien aktiv unterstützen und danach die Grenzen für die Massenimmigration öffnen? Antwortet Springmann: „Der Finanzsektor – egal ob in Deutschland oder den USA – profitiert von einer solchen Politik. Die Löhne und Gehälter werden gedrückt. Gleichzeitig wird der Nahe Osten ‚entvölkert‘, was Israel mehr Raum und Sicherheit verschafft. Den Preis hierfür bezahlen die Syrer und jene europäischen Völker, die die Flüchtlingswelle bewältigen müssen“. Durch diese Positionen, die durchaus Richtiges enthalten, schimmert überdeutlich die extrem rechte Position eines Deutschland, dass seine Souveränität von den USA wiedererringen müsse, durch. Für die Friedensbewegung kann es mit solchen Leuten keinerlei Gemeinsamkeiten geben.

tri ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370